

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich exklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 280.

Bielefeld, Mittwoch, 1. Dezember 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Die Thronrede.

Berlin, 30. November.

Die vom Kaiser bei der heutigen Eröffnung des Reichstags
verlesene Thronrede lautet:

Geehrte Herren! Bei dem Eintritt in Ihre Beratungen
entbiete ich Ihnen zugleich namens der verbündeten Regierun-
gen Gruß und Willkommen.

Nachdem die in Ihrer letzten Tagung vereinbarte Steuer-
gesetzgebung dem Reiche neue Einnahmequellen erschlossen hat,
muß beharrlich dahin gestrebt werden, die finanzielle Stellung
des Reiches mit den so gewonnenen Mitteln zu befestigen. Der
Ihnen zugehende Etatsentwurf für 1910 entspricht dieser Auf-
gabe. Ein Nachtragset für das laufende Jahr sah die Rück-
stände aus den Jahren 1906 bis 1909 zusammen, die das Reich
nach dem Finanzgesetz vom 15. Juli 1909 zu übernehmen hat.

Die Arbeiten des Bundesrats an der in einem Vorentwurfe
bereits bekannt gegebenen Reichsversicherungsordnung nähern
sich ihrem Abschluß. Dieses Gesetz wird, neben einer Verein-
barung des geltenden Rechts und Änderungen in der Organi-
sation, die Krankenversicherung auf weitere Kreise ausdehnen
und der Fürsorge für die arbeitenden Klassen die Hinterbliebenen-
versicherung hinzufügen.

Ein neuer Gesetzesentwurf wird die Vorschriften der nicht voll-
ständig verabschiedeten Gewerbeordnungs-Novelle zusammenfassen,
über welche zwischen den verbündeten Regierungen und dem
Reichstag Einverständnis bestand. Daneben wird ein besonderes
Gesetz über Hausarbeit vorgelegt werden. Außerdem wird Ihnen
der Entwurf eines Stellenvermittlergesetzes zugehen.

Die in der letzten Tagung gleichfalls nicht erledigten
Entwürfe einer Strafprozessordnung und einer Novelle zum
Gerichtsverfahrengesetz über die Organisation der Strafre-
chte werden Ihnen von neuem unterbreitet werden.

Uniere überseeischen Besitzungen in Afrika und der Südsee
entwickeln sich erfreulich. Das Anwachsen der eigenen Ein-
nahmen hat das Reich von Ausgaben für unsere Kolonien nicht
unerbittlich entlastet. Es wird Ihnen vorgelegt werden, die
Namibiarabalen bis zum Klimabandcharo fortzuführen und das
Südwesafrikanische Bahnnetz auszurunden. Diese Bahnbauteile
in Südwesafrika werden es ermöglichen, die Kopfstärke der im
Schutzbereich verwendeten Truppen weiter zu verringern. Die
Annahme der wertvollen Bevölkerung und die Erhöhung der
Vermögenswerte in den Schutzgebieten machen eine Reform des
Gerichtswesens erforderlich. Zunächst wird eine dritte Instanz
in der Heimat zu errichten sein. Der Entwurf eines Kolonial-
beamtengesetzes wird Ihnen vorgelegt werden. Auch werden
die Bezüge der Kolonialbeamten neu zu regeln sein, nachdem die
Leistungsgesetze im Reiche abgeschlossen worden sind.

Das Gesetz vom 16. Dezember 1907, betreffend die Handels-
beziehungen zum britischen Reiche, tritt mit dem 31. Dezember
dieses Jahres außer Kraft. Es wird Ihnen ein Gesetzesentwurf
zugehen, durch den der Bundesrat ermächtigt werden soll, den
bestehenden Zustand um weitere 2 Jahre zu verlängern. Auch
ein Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Portugal
wird Ihnen unterbreitet werden.

Um dem deutschen Volke eine ruhige und kraftvolle Ent-
wicklung zu sichern, ist meine Regierung andauernd bemüht,
friedliche und freundliche Beziehungen zu den anderen Mächten
zu pflegen und zu festigen.

Mit Befriedigung sehe ich, daß das mit der französischen
Regierung getroffene Abkommen über Marokko in einem Geiste
ausgeführt wird, der den Zwecken, die beiderseitigen Interessen
auszugleichen, durchaus entspricht.

Im Deutschen Reiche ist ebenso wie in der österreichisch-
ungarischen Monarchie dankbar der Zeit gedacht worden, als vor
einem Menschenalter die später durch den Beitritt Italiens zum
Dreibund erweiterte Allianz beider Mächte ins Leben trat. Ich
hege das Vertrauen, daß das Zusammenhalten der drei ver-
bündeten Reiche auch ferner seine Kraft für die Wohlfahrt ihrer
Völker und die Erhaltung des Friedens bewahren wird.

Und nun, geehrte Herren, wünsche ich Ihnen Arbeiten ge-
heißigen Erfolgs zum Heile des Reichs.

Die Thronrede und die „Arbeiterfürsorge“.

lg. Als am 19. Februar 1907 der Reichstag mit einer Thron-
rede eröffnet wurde, da enthielt sie eine Belobigung der deutschen
Bürger, die sich bei den Wahlen von der nationalen
Partei zur Stimmenabgabe für die bürgerlichen Parteien hatten
eintun lassen. Dem deutschen Arbeiter versprach sie eine
kraftvolle Fortführung der Sozialreform durch die Regierung,
die in ihrer Fürsorge für das Wohl der unteren Schichten nicht
erlahmen würde. Unter dem frischen Eindruck des Bülowischen
Blockades kam es dem Vater des Blockades auf ein paar
schön klingende Worte und unbedingte Versprechungen nicht
an. Und so nahm sich denn die Thronrede, wenn auch nicht
gerade erhebend, so doch leblich in ihrer äußeren Aufmachung
aus. Sie brachte eben schön klingende Worte, die unsere Libe-
ralen in begeisterten Entzücken versetzte.

Wenn die Thronrede, mit der sich heute Herr v. Bethmann
Hollweg in sein neues Amt einführt, die Ernüchterung auf den Block-
haus, die Zerstörung der Zukunftshoffnungen auf eine neue
Ära ausdrücklich quittieren sollte, dann hat sie zweifellos ihren
Zweck erreicht. Frohitzer und nichtisagender kann ein Regie-
rungsprogramm kaum sein.

Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben!

Bemerkt das „Berliner Tageblatt“ zu dem Inhalt und der Form
der Thronrede. Die allerbesten Erwartungen sind ent-
täuscht. Im trockensten Amtsstil werden die Gesetze aufgeführt,
die dem Reichstage vorgelegt werden sollen und nur am Schluß
werden im Vorübergehen die Beziehungen des Reichs zu anderen
Mächten gestreift.

So interessiert uns die Thronrede mehr in den Punkten, die
sie nicht enthält. Sie spricht zwar an einer Stelle von der Für-
sorge für die arbeitenden Klassen, spricht sich aber nicht darüber
aus, in welchen gesetzgeberischen Maßnahmen diese Fürsorge be-
stehen soll. Das Hinterbliebenenversicherungsgesetz ist doch nur
ein Pflaster auf die Wunde, die den arbeitenden Klassen durch
den Polltarif des Jahres 1902 geschlagen worden ist, und zu
dessen Durchführung sie selbst noch besondere Beiträge auf-
bringen sollen. Die Gewerbeordnungs-Novelle soll nur in den
Teilen wieder vorgelegt werden, die in den Beratungen der
Kommission die Zustimmung der Regierung gefunden haben. Das
ist sehr, sehr wenig. Nach der Mitteilung ist nicht anzunehmen,
daß eine Regelung der Hausarbeit die auf diesem Ge-
biete zutage getretenen Mängel beseitigen wird. Und endlich
läßt der angekündigte Entwurf eines Stellenvermittlergesetzes
vermuten, daß es sich nur um Beilegung von Auswüchsen der
gewerblichen Stellenvermittlung handeln wird. Wir sind weit
entfernt, die Notwendigkeit für derartige Maßnahmen zu be-
streiten. Wir verlangen nicht, daß die gewerbliche Stellenver-
mittlung dringender der Regelung bedarf. Aber das ganze Ar-
beitsnachweiswesen drängt nach gesetzlicher Regelung. Arbeits-
nachweise sollen weder Ausbeutung noch Wahrung ermöglichen,
sollen weder Intransigente Erwerbsquellen gewissenloser
Menschenhändler, noch Kampfmittel der Unternehmerverbände
sein. Jede Reform, die nicht in diesem Sinne vorgeht, muß
eine unzulängliche Halbmäßigkeit bleiben.

Vom Arbeitskammergehe ist in der Thronrede nicht
die Rede. Der Wille der Industriellenverbände ist Herr von
Bethmann Hollweg oberstes Gesetz. Was kümmert ihn die
Folge des gewerblichen und wirtschaftlichen Friedens, wenn die
Arbeiter durch den Haß des Koalitionsrechts durch die Unter-
nehmer gequält gemacht werden können?

So sieht die Sozialpolitik des schweigenden Mannes aus.
Seine Thronrede spricht Vände, so nichtisagend sie ist auch gibt.
Der deutsche Arbeiter hat kein Zunderbrot mehr zu erwarten, die
Regierung großt ihn. Diese Auffassung brauchen wir nicht zu
beklagen. Sie wird den deutschen Arbeitern zeigen, daß sie
kämpfen müssen, um sich das zu erobern, was ihnen die Gesetz-
gebung vorenthalten will.

„Blut und Eisen“.

B. B. Die Ereignisse der letzten Tage haben jeden Zweifel
über die Ziele und Wege der Finnlandspolitik der Petersburger
Regierung beseitigt. Wenn bisher die wütenden Angriffe der
reaktionären Presse gegen Finnland und die kriegerischen Vor-
schläge der erobungs-lustigen Generale und Staatsräte bloß
als ernste Symptome aufgefaßt wurden, so besteht nun nach den
letzten Klagen des Zaren, der Auflösung des finnischen Land-
tages, der militärischen Besetzung des Landes und vor allem
nach den Vorschlägen der russischen Mitglieder der russisch-finn-
ischen Kommission, die auf Veranlassung Stolypins ausgearbeitet
wurden, kein Zweifel, daß Finnland in aller kürzester Zeit seiner
vom Zaren beschworenen verfassungsmäßigen Rechte beraubt und
in eine russische Provinz verwandelt werden soll. Die „Er-
wägungen“ der russischen Kommissionsmitglieder geben viel wei-
ter als jeherzeit die Vorschläge der Kommission Bunge, die von
dem Diktator Bobritow verwirklicht wurden. Die hundert-
jährige finnländische Verfassung wird aufgehoben und das un-
bedingte Recht der russischen staatlichen Institutionen prokla-
miert, die Beziehungen zwischen Finnland und dem Reiche ein-
seitig zu regeln. Der finnische Landtag wird zu einer sub-
alternen Expeditionsinstanz degradiert und als einzige Quelle
und höchste Instanz des finnländischen Rechts wird die Duma
und der Staatsrat erhoben, zu denen einige finnische Vertreter
gnädigst zugelassen werden. Parallel damit geht eine voll-
ständige Umwälzung der finnländischen Verwaltung, die zum
größten Teil den örtlichen Organen entzogen wird, und eine
automatische Aufhebung aller bestehenden Gesetze, die mit dem
russischen Gesetz, oder richtiger mit der russischen Willkürherr-
schaft nicht im Einklange stehen.

Die russische Regierung sucht ihren flagranten Rechtsbruch
vor der öffentlichen Meinung Europas durch den Hinweis auf die
„konstitutionelle“ Umgestaltung Russlands zu rechtfertigen.
Beginnend mit der bekannten Dumarede Stolypins bis zu den
Reden und Deklarationen der russischen Mitglieder der russisch-
finnischen Kommission wurde darauf hingewiesen, daß die rus-
sische Regierung nur ihre „gesetzlichen Ansprüche“ in Finnland
geltend mache. Aber in der letzten Zeit wird von diesem Man-
neder bereits Abstand genommen. Der Staatsrat Koreno warnte
in seiner letzten Rede in der russisch-finnischen Kommission vor
den „verhängnisvollen Folgen der juristischen Ueberweisheit“.
„Man sagt uns“, rief er aus, „daß die Reichsgesetzgebung die
finnländische Gesetzgebung verlegen wird. Mag sein, aber die
Reichsgesetzgebung ist ja notwendig.“ Noch deutlicher drückte
sich das Reichsratsmitglied Deutrich in derselben Sitzung aus:
„Angenommen, daß unsere finnischen Kommissionskollegen recht
haben, daß sie durch unbestreitbare staatliche Urkunden und nicht
durch bloße Worte ihre Ansprüche auf ein besonderes finnisches
Staatswesen begründen können... Was folgt indessen daraus?
... Alles muß vom Prinzip des Ruhestes des Staates beherrscht
werden. Wenn zu diesem Zwecke selbst die früher verliehenen
Privilegien aufgehoben werden müssen, die den jetzigen Be-
dingungen des Staatslebens nicht mehr entsprechen, so unter-
liegen sie der Aufhebung... Man muß dessen eingedenk sein,
daß die Staaten nicht durch Worte, sondern durch Blut und
Eisen geschaffen wurden.“

Mit einem so unverhüllten Zynismus hat die russische Regie-
rung selten ihre Vergewaltigungspolitik offenbart. Die gesetz-
lichen Rechte der Finnländer, die von allen Zaren, auch von
Nikolaus II., beschworen wurden, werden für null und nichtig
erklärt; die früheren gesetzgeberischen Akte werden kurzerhand
aufgehoben; Meinereid und Treubruch werden zum Regierungs-
system erhoben, und als höchstes Gesetz wird die Blut- und Eisen-
politik proklamiert. In dem einzigen Gebiete, wo die russischen
Zaren bisher im groben und ganzen den Buchstaben des Ge-
setzes respektierten, wird von Nikolaus II., der von den Pressetulis
des In- und Auslandes als „konstitutioneller“ Herrscher ge-
priesen wird, die traditionelle russische Regierungspraxis ein-
geführt und die nackte Gewalt auf die Tagesordnung gestellt.
Das finnische Volk wird die Konsequenzen daraus ziehen. Die
blutige Saat, die der meinelidige Zar in Finnland ausstreut,
wird hundertfach aufgehen und den Moment beschleunigen, wo
das russische Volk im Bunde mit dem finnischen der Schredens-
herrschaft der Romanows ein Ende bereiten wird.

Politische Uebersicht.

Mittelstand, Sanfand und Wahlrecht.

Die am Sonntag in Berlin abgehaltene Generalversammlung
der Deutschen Mittelstands-Vereinigung diskutierte 3 Stunden
lang über ihr Verhältnis zum Sanfand, dem vertriebenen,
leidenden Personen der Vereinigung angehören, die auch einem

engeren Anschluß an den Sanfand das Wort redeten. Alle
Diskussionsredner waren darin einig, daß der Mittelstand —
unter Wahrung seiner besonderen Interessen — ein Verhältnis
zum Sanfande eingehen könne; nur über Art und Form dieses
Verhältnisses war man verschiedener Meinung. Die Veramm-
lung beschloß einstimmig:

„Die unbedingte Selbständigkeit der Deutschen Mittel-
stands-Vereinigung ist aufrecht zu erhalten. Ein Zusammen-
gehen der D. M.-V. mit dem Sanfande in den allen Schich-
ten von Handel, Gewerbe und Industrie gemeinsamen Fragen
liegt im wohlverstandenen Interesse des Mittelstandes. Wir
haben das Vertrauen zu unserem Vorstande, daß er die rich-
tigen Maßnahmen treffen wird, um die D. M.-V. zu einer den
gesamten Mittelstand umfassenden Vertretung auszubauen.“

Zur Frage der preussischen Wahlreform liegt eine Resolution
vor. Die Generalversammlung fordert darin die Einführung
der geheimen Abstimmung und der direkten Wahl zum Landtage
und zu den Gemeindevertretungen. Diese Forderung wurde so
begründet:

In der Befürchtung, von ihrer sozialdemokratischen Kund-
schaft boykottiert zu werden, können die Kleinrentner bei
öffentlicher Stimmabgabe ihrer Uebersetzung nicht Ausdruck
geben. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Verammlung das
gleiche Wahlrecht nicht fordert.

Gegen die Resolution wandte sich Justizrat Dr. Baumann.
Er warnte davor, ein anderes Wahlrecht für diese Körperchaften
zu verlangen in einer Zeit, in der der Sozialismus sich immer
mehr ausbreitet. Das Reichstagswahlrecht — so führte der
Herr aus — passe nicht für ein Kulturvolk; es sei vielleicht
passend für ein Nomadenvolk oder die Varen.

Nachdem noch mehrere Redner für die Resolution gesprochen
hatten, wurde sie gegen einige Stimmen angenommen.

Vom Reichsballe.

Als die deutsche Regierung zu Anfang dieses Jahres den
bürgerlichen Parteien die „Finanzreform“ schmachtlich machen
wollte, da ließ sie allerlei hübsche Zahlen und Summen auf-
marschieren, die das Reich aus den neuen Steuern zu erwarten
haben sollte.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten und Zeitungen haben
gleich damals darauf hingewiesen, daß die Regierung mit zu
großen Zahlen operiert und daß — von allem anderen abge-
sehen — schon die unaussprechliche Konsumminderung die Auf-
stellung der Finanzkammer über den Haufen werfen müsse.

Jetzt stellt sich heraus, daß die Regierung in der Tat mit
Vergrößerungsgläsern gearbeitet hat. Vergleicht man nämlich
die in den neuesten Etat eingestellten Zahlen bei den Einnahmen
aus den neuen Steuern mit den Zahlen, die bei Einbringung
der „Finanzreform“ amtlich ausgestellt waren, so ergibt sich
eine Differenz von nicht weniger als 199 Millionen
Mark zugunsten jener optimistischen Aufstellung aus der
Zeit des Ringens um die „Finanzreform“. Wenn die Re-
gierung den Parteien damals nicht mit Behauptungen blauen
Dunst vorgegaukelt hat, dann ist sie also durch die Macht der
Tatsachen gezwungen worden, in ihren Etat an 200 Millionen
weniger hineinzuschreiben, als sie vor einem halben Jahre noch
von den neuen Steuern erwartete oder zu erwarten vorgab.

Eine kleine tabellarische Aufstellung wird am besten zeigen,
wie böse die Theorie der Regierung durch die Praxis über den
Haufen gerannt worden ist:

Die Regierung er- wartete eine Erhöhung:	In den neuen Etat hat die Regierung eingestellt:	Die Differenz beträgt:
von der Branntweinsteuer 80 Millionen	60 Millionen	20 Millionen
von der Biersteuer 100 Millionen	56 Millionen	44 Millionen
von der Tabak- und Zigarettensteuer, zusammen	43 Millionen	13 Millionen
von der Leuchtmittelsteuer 20 Millionen	15 Millionen	5 Millionen
von der Rindwaresteuer 25 Millionen	15 Millionen	10 Millionen
von der Umsatzsteuer 40 Millionen	25,5 Millionen	14,5 Millionen
von der Schenksteuer 20 Millionen	7,3 Millionen	12,7 Millionen
von der Wechselstempelsteuer 5 Millionen	2 Millionen	3 Millionen
von der Börsen- einschließlich Talonsteuer	53 Millionen	27,5 Millionen
von der Schaumweinsteuer 5 Millionen	4,8 Millionen	0,2 Millionen

Kurz und gut: die Differenz beträgt, falls sie sich schließlich
nicht als noch größer herausstellen sollte, gegen 200 Millionen
Mark.

Eine niedliche Pleite! Zumal wenn man berücksichtigt, daß
dem Reichstage auch noch ein Nachtragset von ungefähr 34
Millionen für die Verwaltung des Reichsheeres zugehen soll.

Handelsinspektoren.

Petitionen um Errichtung von Handels-
inspektionen hat der Reichstag in seiner letzten Session dem
Reichstagsrat zur Berücksichtigung überwiesen.
Der Bundesrat hat jedoch diesem Beschlusse des Reichstages nicht
zugestimmt; er will von der gewünschten Einrichtung nichts
wissen. Neuerdings hat sich der Deutsche Verband Kaufmänni-
scher Vereine in der Angelegenheit an das Reichsamt des
Innern gewandt. Den Kernpunkt der Eingabe des Verbandes
bildete die Behauptung, daß aus allen Zweigen des Handels-
gewerbes fortwährend Beschwerden und Klagen laut wurden
über die mangelhafte Ausführung, zum Teil sogar gänzliche
Auserkennung der Schutzbestimmungen durch die Prinzipale.
Nachdem im Reichsamt des Innern festgestellt war, daß dort
Material über die Durchführung der Schutzbestimmungen für
die Handelsangelegenheiten nicht vorlag, wandte sich der deutsche
Handelsrat an die Handelskammern mit dem Ersuchen, bei den
Kollisionsbehörden usw. Erkundigungen über Art und Zahl
etwaiger Beschwerden der Angestellten und über ihre Beobach-
tungen über das Einhalten der Schutzbestimmungen einzuziehen.
Auf die Umfrage des Deutschen Handelsrates haben sich bisher
69 Handelskammern geäußert. Das Ergebnis ist nach der
„Kölnischen Zeitung“ kurz folgendes:
„22 Handelskammern berichten, daß in den dortigen Bezirken

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 280.

Bielefeld, Mittwoch, 1. Dezember 1909.

20. Jahrg.

Die Machtbefugnisse eines Gemeinde-Vorstehers in Preußen.

d. Unter dieser Überschrift befindet sich in der Sonnabendnummer der „Volkswacht“ ein Artikel, welcher sich mit Vorfällen in der Gemeinde Soltau beschäftigt und es u. a. rügt, daß der dortige Gemeindevorsteher die Jagd in der Gemeinde selbständig vergeben habe, ohne die Gemeindevertretung zu fragen. Dem Artikelverfasser ist hier ein — allerdings entschuldigender — Irrtum unterlaufen, er hat für seine Ausführungen die im Jahre 1904 geltenden Rechtsgrundlagen als Unterlage genommen. Inzwischen ist aber die Preussische Jagdordnung vom 17. Juli 1907 in Kraft getreten und sie gibt tatsächlich dem Jagdvorsteher — das ist der Gemeindevorsteher — solche weitgehende Befugnisse. Die Jagdgenossen, d. h. die Grundstückseigentümer, haben so gut wie nichts mehr zu reden, sie dürfen höchstens beim Kreis- oder Bezirksausschuß Einspruch erheben. Im Falle Soltau wäre allerdings zu prüfen, ob der Gemeindevorsteher die für die Verpachtung vorgeschriebenen Formen beachtet hat, aus dem abgedruckten Schriftstück ist das nicht zu ersehen.

Wenn nun auch die Gemeindevertretung bei der Verpachtung der Jagd nichts mitzureden hat, so dürfen sich unter diesen Vertretungen tätigen Genossen dennoch für die Sache interessieren und andererseits wird es unter den Lesern der „Volkswacht“ manche geben, die als Grundstückseigentümer zu den „Jagdgenossen“ gehören und an der Angelegenheit beteiligt sind. Aus diesem Grunde möchte ich in den nachstehenden Zeilen die wichtigsten Bestimmungen der Preussischen Jagdordnung einer kurzen Besprechung unterziehen.

Das Jagdrecht steht jedem Eigentümer auf seinem Grund und Boden zu. Es darf jedoch nur ausgeübt werden auf Jagdbezirken. Das Gesetz unterscheidet Eigenjagdbezirke und gemeinschaftliche Jagdbezirke. Eigenjagdbezirke können gebildet werden aus solchen demselben Eigentümer gehörigen Grundflächen, welche

1. dauernd und vollständig gegen den Einfluß von Wild eingetriedet sind oder, wenn dies nicht der Fall ist,

2. einen land- oder forstwirtschaftlich benutzbaren Flächenraum von wenigstens 75 Hektar einnehmen und in ihrem Zusammenhange durch feste fremde Grundstücke unterbrochen sind. Wege, Kanäle, Eisenbahnen usw. gelten nicht als eine Unterbrechung des Zusammenhanges.

Auf einem Eigenjagdbezirk erfolgt die Ausübung des Jagdrechts durch den Eigentümer. Besteht an den Grundflächen eines Eigenjagdbezirks ein erbliches oder ein zeitlich nicht befristetes Nutzungsrecht, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Nutzungsberechtigte. Bei einem Eigenjagdbezirk, der im Mitgenuß von mehr als 3 Personen steht, darf das Jagdrecht nur von höchstens drei Mitgenußberechtigten ausgeübt werden. Der Eigentümer eines Eigenjagdbezirks kann für alle oder einzelne Grundflächen auf die Bildung eines Eigenjagdbezirks verzichten. Tut er dieses, dann werden die freigegebenen Flächen einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk angegliedert. Juristische Personen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften usw. dürfen das Jagdrecht auf Eigenjagdbezirken nur durch Verpachtung oder durch höchstens drei angestellte Jäger ausüben, oder sie müssen es ruhen lassen.

Alle Grundflächen eines Gemeinde-(Guts-)Bezirks, welche nicht zu einem Eigenjagdbezirk gehören und im Zusammenhange wenigstens 75 Hektar umfassen, bilden den gemeinschaftlichen Jagdbezirk. Mit Genehmigung des Kreis- oder Bezirksausschusses, können jedoch aus ihnen auch mehrere gemeinschaftliche Jagdbezirke gebildet werden, doch soll in der Regel keiner von ihnen weniger als 250 Hektar umfassen. Mit Genehmigung der vorstehend genannten Behörden ist es auch gestattet, einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk aus Grundflächen zu bilden, die verschiedenen Gemeinde-(Guts-)Bezirken angehören.

Jeder Eigentümer ist befugt, zur Fischerei dienende Seen und Teiche, einschließlich etwaiger in ihnen liegender Inseln, von dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk auszuscheiden. Der Ausschluss muß bis zum Ablauf der Auslegungssfrist der Pachtbedingungen beim Jagdvorsteher angemeldet sein. Während der Dauer des Ausschlusses muß auf solchen Grundflächen das Jagdrecht ruhen.

Die Eigentümer der Grundstücke eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks bilden eine Jagdgenossenschaft, die Rechtsfähigkeit besitzt. Die Verwaltung der Angelegenheiten der Jagdgenossenschaft, sowie ihre gerichtliche und außergerichtliche Vertretung geschieht durch den Jagdvorsteher. Jagdvorsteher ist der Gemeindevorsteher (Bürgermeister, Gutsbesitzer). Der Stellvertreter dieser Personen vertritt in Befehlsmängelfällen auch den Jagdvorsteher. In Stadtteilen ist der Bürgermeister befugt, die Obliegenheiten des Jagdvorstehers anderen Magistratspersonen zu übertragen. Sind die Grundstücke eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks in mehreren Gemeindebezirken

belegen, so bestimmt die Jagdaufsichtsbehörde (Landrat oder Regierungspräsident) den zuständigen Jagdvorsteher. Die Nutzung der Jagd in einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk erfolgt in der Regel durch Verpachtung. Mit Genehmigung des Kreis- oder Bezirksausschusses, bei Stadtfreien des Bezirksausschusses, kann der Jagdvorsteher jedoch die Jagd auch gänzlich ruhen oder auf Rechnung der Jagdgenossenschaft durch höchstens 3 angestellte Jäger ausüben lassen. In gemeinschaftlichen Jagdbezirken, in denen Wildschäden vorkommen, darf die Jagd nicht ruhen, wenn ein Jagdgenosse Einspruch dagegen erhebt. Ein solcher Einspruch ist beim Jagdvorsteher anzubringen. Gegen dessen Bescheid gibt es innerhalb zwei Wochen die Beschwerde beim Kreis- resp. Bezirksausschuß.

Die Verpachtung der Jagd geschieht durch den Jagdvorsteher. Für die Art der Verpachtung soll das Interesse der Jagdgenossenschaft maßgebend sein. So kann z. B. bestimmt werden, daß die Verpachtung nur an einen Gemeindegemeinschaften erfolgt. Die beabsichtigte Art der Verpachtung ist vom Jagdvorsteher in ortsbüchlicher Weise bekannt zu machen. Die in Aussicht genommenen Pachtbedingungen sind zwei Wochen lang öffentlich auszulegen. Ort und Zeit der Auslegung müssen in der Bekanntmachung über die Art der Verpachtung angegeben sein. Jeder Jagdgenosse ist berechtigt, gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der Auslegungsfrist Einspruch beim Kreis- resp. Bezirksausschuß zu erheben. Wenn die Verpachtung der Jagd öffentlich meistbietend erfolgen soll, dann ist Ort und Zeit derselben mindestens 2 Wochen vorher in ortsbüchlicher Weise und durch ein von der Jagdaufsichtsbehörde bestimmtes Blatt bekannt zu machen.

Für die Verpachtung kommen noch folgende Vorschriften in Betracht:

1. Die Pachtverträge sind schriftlich abzuschließen;

2. die Verpachtung soll an nicht mehr als 3 Personen gemeinschaftlich erfolgen, mit Genehmigung der schon mehrfach erwähnten Behörden kann jedoch über diese Zahl hinausgegangen werden;

3. die Pachtzeit soll in der Regel mindestens 6 und höchstens 12 Jahre betragen, ausnahmsweise kann sie unter Genehmigung des Kreis- oder Bezirksausschusses bis auf 3 Jahre herabgesetzt oder bis auf 18 Jahre erhöht werden.

Der Pachtvertrag ist vom Jagdvorsteher nach vorheriger ortsbüchlicher Bekanntmachung zwei Wochen lang öffentlich auszulegen. Während dieser Zeit kann jeder Jagdgenosse gegen denselben beim Kreis- resp. Bezirksausschuß Einspruch erheben.

Der Jagdvorsteher erhebt die Pachtgebühren und sonstige Einnahmen aus der Jagdnutzung und verteilt sie nach Abzug der der Genossenschaft zur Last fallenden Ausgaben unter die Jagdgenossen, nach dem Verhältnis des Flächeninhalts der beteiligten Grundstücke. Der Verteilungsplan, der auch die Berechnung der Einnahmen und Ausgaben enthalten muß, ist nach erfolgter ortsbüchlicher Bekanntmachung zwei Wochen auszulegen. Binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung kann gegen den Verteilungsplan beim Jagdvorsteher Einspruch erhoben werden. Gegen dessen Bescheid findet innerhalb 2 Wochen die Klage beim Kreis- resp. Bezirksausschuß statt.

War es bisher herkömmlich, daß die Erträge der Jagd für gemeinnützige Zwecke verwendet wurden, kann es auch in Zukunft so bleiben; jeder Grundgenußberechtigter ist aber berechtigt, die Auszahlung seines Anteils zu verlangen. Die Anteilengleichheit der Jagdgenossenschaft sind durch die Gemeindekasse zu führen; hierfür kann eine vom Kreis- resp. Bezirksausschuß festzusetzende Vergütung gewährt werden.

In allen Festsetzungen ist allein die Militärverwaltung befugt, die Jagd ausüben zu lassen. Außerhalb dieser Werke, desgleichen um Pulvermagazine usw. werden auf Kosten der Militärverwaltung Umtriebe gebildet, innerhalb welcher die Jagd mit Feuergefahren nicht ausgeübt werden darf.

Für den durch Wild verursachten Schaden nach § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu ersattenden Schaden sind in einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk die Grundbesitzer des Jagdbezirks nach dem Verhältnis der beteiligten Fläche ersatzpflichtig. Der Jagdvorsteher soll jedoch in Pachtverträge die Erstattung dieser Beträge durch den Jagdpächter vorsehen. Der Anspruch auf Schadenersatz ist innerhalb 3 Tagen, nachdem der Betreffende von der Beschädigung Kenntnis erhalten hat, bei der für das geschädigte Grundstück zuständigen Ortspolizeibehörde anzumelden.

Als Jagdpolizeibehörde fungiert der Landrat, in Stadtfreien die Ortspolizeibehörde. Die Aufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der gemeinschaftlichen Jagdbezirke wird in Landkreisen von dem Landrat, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten, in Stadtfreien von dem Regierungspräsidenten, und in höherer und letzter Instanz von dem Oberpräsidenten geleitet.

Beide Behörden bei den Vorstandsbehörden sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen der Preussischen Jagdordnung in ihrer jetzigen Fassung. Wie man sieht, vom Wirtschaftungssrecht der Jagdgenossen ist darin recht wenig die Rede. Der Gemeindevorsteher ist als Jagdvorsteher

mit allen möglichen Machtbefugnissen ausgestattet. Leider kümmern sich zumeist die kleineren Besitzer auch recht wenig um die ganze Sache und lassen den Ortsgewaltigen halten und wahlen, wie er will. Allein die Ausnutzung des winzigen Einspruchsrechts könnte mitunter von heilsamem Einfluß und nicht zu unterschätzenden Vorteilen für die kleineren Besitzer sein.

Die Berliner Großbrauereien und das neue Brausteuergesetz.

Ki. Durch die Kontingentierung der Brauereien, wie sie durch das neue Brausteuergesetz geschehen ist, wollte der Schnapsbottel den Brauereien nicht nur ermöglichen, Preiserhöhungen in der Höhe der neuen Steuern durchzuführen, sondern ihnen Gelegenheit verschaffen, durch Preissteigerungen darüber hinaus einen Ausgleich für den zu erwartenden Rückgang des Konsums von vornherein zu sichern. Daß dies das Ziel des Gesetzes war, nach dem neu entstehende Brauereien bis zum 1. März 1915 eine um 50 Prozent höhere Steuer und von da ab bis zum 1. März 1918 eine um 25 Prozent höhere Steuer zu zahlen haben, ist von Brauereinteressen, die die Verhandlungen mit den Vertretern der konservativ-liberalen Parteien geführt haben, ausdrücklich festgestellt worden. Daß die Errichtung neuer Brauereien verhin-ert wurde, war den großen Brauereien sehr erwünscht, sie wußten, daß in verschiedener Hinsicht Deutschlands Gastwirtschaften zur Abwehr der beabsichtigten hohen Preissteigerungen der Brauereien eigene Brauereiunternehmungen zu gründen beabsichtigten. Unter dem neuen Gesetz mußte die Ausführung solcher Pläne aufgegeben werden. Eine weitere Folge des neuen Gesetzes war eine zunehmende Kartellierung der Brauereien. Die jetzt erschienenen Geschäftsberichte großer Berliner Aktienbrauereien weisen verschiedentlich auf den Kontingentierungsvertrag hin, den die Berliner Bierbrauereien im September dieses Jahres für die Zeit von zwei Jahren abgeschlossen haben. Dieser Brauereikontingentierungsvertrag enthält alle maßgebenden Bestimmungen der Brauereien an. Ihre Satzungen sehen nicht nur die Festsetzung und Durchführung einheitlicher Preise vor, sie enthalten auch genaue Bestimmungen über einen Abkopplungs- und Zahlung von Entschädigungen an diejenigen Mitglieder, die den ihnen zugestandenem Absatz nicht erreichen. Diese Vereinbarungen haben nur für Groß-Berlin Geltung, für die Provinz ist es zu solchen Verträgen nicht gekommen, angeblich, weil einzelne Brauereien auswärts ein gegen ihr bisheriges Produkt leichter eingebrachtes Bier einzuführen versuchen. Wie früher schon verurteilt, wird der Kartellierung an der Gesamtproduktion der Abfall der einzelnen Brauereien für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juli 1909 zugrunde gelegt. Diejenigen Brauereien, die ihre Beteiligung überschreiten, haben an die Kontingentierung eine Abgabe von 5 Mark für den Hektoliter zu entrichten. Diejenigen Brauereien, deren Absatz hinter ihrer Beteiligung zurückbleibt, erhalten für das Hektoliter ihres Minusabfuges 3 Mark. Für Mehrabfall durch Lieferung an Kunden außerhalb der Brauereien braucht keine Abgabe gezahlt zu werden, bei Lieferung an Kunden außerhalb der Brauereien können auch beliebige niedrige Kampfpreise bestimmt werden. Nun stellen es die Großbrauereien in ihren Berichten so dar, daß die Kontingentierung ihnen eine Ausdehnungsbeschränkung auferlegt, die sie im Gesamtinteresse der Brauindustrie auf sich genommen haben. In Wirklichkeit wissen die Großbrauereien, daß die Kartellierung der Kontingentierungsbestimmungen zu einer sicheren Ausschaltung der kleineren Brauereien führen werden. Da die kleineren Brauereien nun an genau dieselben Preise gebunden sind wie die Großbrauereien, wird ihr Absatz zurückgehen, aber die Entschädigung, die sie dafür aus der Kontingentierung erhalten, wird nicht eingebracht werden. Hat ihr Absatz erheblich gelitten, so wird es ihnen sehr schwer werden, die Kontingentierung, die inzwischen zu den Großbrauereien übergegangen ist, zurückzuerstern. In einer solchen Situation werden sie vor den Großbrauereien gänzlich isoliert werden müssen, und zwar zu Bedingungen, die ihnen vorgezeichnet werden. Durch das neue Brausteuergesetz hat der „mittelständische Schnapsbottel“ die Kartellierung außerordentlich gefördert und damit planmäßig den Untergang der kleineren Betriebe zugunsten des Großkapitals beschleunigt.

Amerikanischer Gewerkschaftskongress.

Am sechsten und siebenten Verhandlungstage berichteten einige Kommissionen über die ihnen vorliegenden Resolutionen und Anträge. Einem Antrage der Eisenbahn-Telegraphisten gemäß soll der Gewerkschaftsbund die nötigen Schritte tun, um in Zukunft die Auswahl und Ernennung der Richter der verschiedenen Gerichtshöfe seinen Einfluß geltend zu machen. Es wurde dies damit begründet, daß die Richter bisher nur von arbeitgeberlichen Kreisen gewählt und dadurch nur die sogenannten Injunktionsurteile möglich geworden seien. Dem Antrage wurde zugestimmt. Er hat insofern besondere Bedeutung, als die Gewerkschaften dadurch wieder einen weiteren Schritt auf öffentlichem politischem Gebiete unternehmen.

Die neuerdings in Potsdam und in Paris angestellten Messungen bestätigen die Werte der Sonnenentfernung zwischen 5500 und 6000 Grad. Auch die Temperaturen einer großen Reihe von Sternen sind gemessen worden. Die angegebenen Zahlen beziehen sich immer auf die sichtbaren Oberflächen der Sterne.

Der periodische Komet Winncke, der zuletzt im März 1898 in die Nähe der Sonne kam und beobachtet wurde, während die ungenügende Stellung 1904 nicht gestattete, ihn zu sehen, ist am 31. Oktober auf der Sternwarte zu La Plata aufgefunden worden. Er ist in kleineren Fernrohren sichtbar, steht für unsere Gegenden allerdings zu südlich.

Der Hallsche Komet, der bisher nur mit dem größten Fernrohr der Welt, dem vierfüßigen Yerkesrefraktor, direkt beobachtet werden konnte, ist nun bereits mit dem 14-Zöller der Uccle-Sternwarte in Brüssel wahrgenommen worden. Am 21. Oktober gelang sogar schon eine Ortsbestimmung des Kometen. Auf der Yerkes-Sternwarte ist der Komet mit einem großen Spiegelteleskop photographiert und das Bild dann ausgemessen worden. Danach beträgt sein Durchmesser gegenwärtig rund 20 000 Kilometer, also über anderthalb mal so viel wie der Erdbirdmesser. Wenn es zur Entdeckung eines großen Schweifkometen, dann geht die Erde nach den Berechnungen von Searle am 20. Mai kommenden Jahres durch diesen Schweif hindurch. Die Kometenschweif besteht nach der Anschauung von Arrhenius aus ganz feinen Staubteilchen, die durch den Druck, den das Sonnenlicht auf sie ausübt, fortgeführt, in den Weltraum hinausgetrieben werden. Wenn also die Erde durch den Schweif hindurchwandert, so geht sie durch einen ganz feinen Staubstreifen hindurch, wovon man nichts merken wird. Wenn uns das Glück hold ist, dann könnten wir auf einen mehr oder weniger reichen Meteorregen hoffen und wir kämen auf diese Weise nach den schlechten Erfahrungen, die wir mit den Sternschnuppenfällen in den letzten Jahren gemacht haben, endlich einmal auf unsere Kosten. Hoffentlich! — Womit wir ängstlichen Gemütern zugleich die Versicherung geben können, daß dieser „Zufammenstoß“ mit dem Kometen seinem einzigen Menschen das Lebenslicht ausbläuen kann.

Von den Himmelserscheinungen im Dezember.

Von Georg Kästner in Bremen.

(Nachdruck verboten.)

Die Witterung scheint sich diesmal den Wintereinbruch, der programmäßig erst mit dem nächsten Tag, am 22. Dezember, stattfinden soll, vorweggenommen zu haben. Die Sonne aber läßt sich dadurch in nichts beeinflussen, alles verläuft wie üblich mit einer Präzision, die den Astronomen die Vorherberechnung der Erscheinungen bis auf Sekunden gestattet. Der Mondnächster vom 27. November, die für Deutschland ja unsichtbar war, weil der Mond vor Beginn der Finsternis unterging, folgt wie so oft eine Sonnenfinsternis. Auch sie wird bei uns nicht zu sehen sein. Nur an der Südpolischen Australiens, in der südlichen Hälfte Neuseelands und in den südlichen Polarmereen wird sie zu beobachten sein. Sie ist übrigens nur eine teilweise Verfinsternung. Sie findet am 12. Dezember von 6 Uhr 57 Min. bis 10 Uhr 33 Min. abends statt.

Die Beobachtung der großen Planeten ist im Dezember außerordentlich günstig. Zwar bleibt Merkur auch wieder unsichtbar, aber die Venus steht für uns desto günstiger. Sie kommt am 2. Dezember in die größte seitliche Entfernung von der Sonne und ist am Ende des Monats nach 3 1/2 Stunden lang als Abendstern im Südwesten zu sehen.

Mars dagegen geht immer früher, zuletzt bald nach der ersten Morgengründe unter; die Dauer der Sichtbarkeit beträgt dann nur noch acht Stunden. Der Streif um die Marsanale tobt weiter. Er fördert interessante Ergebnisse zutage. Der Marsforscher Zondheere im Hem, Nordfrankreich, wandte sich wegen des Aussehens der Marsanale an die Yerkes-Sternwarte. Er bekam von dessen Direktor Frost die bezeichnende Antwort, daß der große 40-Zöller für die Marsanale zu kräftig sei. Das heißt eben, daß das gewaltige Instrument die „Anale“ in kleinere Elemente auflöst. Cerulli, Maunders und Newcomb verzeichnen bekanntlich die Ansicht, daß die Marsanale irgendeine Täuschungen seien, die auf den physiologischen Eigenschaften des

Auges beruhten. Frost's Antwort würde das bestätigen. Es ist bedauerlich, daß es bisher noch nicht gelungen ist, die Frage der Marsanale endgültig zu erledigen. Es könnte da sicher viel Papier und Druckerwörter gespart werden. Als wichtiger Gegenstand für die Ansicht von den vorgeschulten Marsanalen erheben neuerdings die Lowellischen Marsphotographien, die Andeutungen der Kanäle zeigten, wenn auch sehr schwach und undeutlich. Vor kurzem hat nun Herr Antoniadi zu Zürich darauf hingewiesen, daß Lowell's Marsphotographien den von den meisten Beobachtern um den Polarfeld gelebten dunklen Saum — der als Schmelzwasser des Polareises angesehen wird — nicht zeigen. Er hat deshalb den Saum für eine Täuschung, für eine Kontrastwirkung erklärt. Herr Zondheere in Hem ist der gegenteiligen Ansicht, daß auf den Photographien der weiße Fleck durch Irradiation den Saum verhöle, d. h. daß die Helligkeit des Polareises den dunkleren Saum überstrahle, wie man das ja auch sonst beobachten kann. Er zeigt bei der direkten Beobachtung mit dem Auge zu viel Einzelheiten wie wechselnde Breite und unregelmäßige Umrisse, als daß er bloß Schein sein sollte. Man wird hieraus den Schluss ziehen müssen, daß eben die Marsphotographien Lowell's kein besonders geeignetes Mittel zur Entscheidung der strittigen Frage sind.

Zu allem Ueberflusse kommt nun auch noch Jupiter an die Reihe. Lowell hat kürzlich Zeichnungen des Jupiter veröffentlicht, worauf ein die helle Äquatorzone bedeckendes Netz harter dunkler Linien besonders auffällt. Jetzt zeigt er gar die photographische Entdeckung gleicher Striche im Äquatorbande des Saturn an. Die Jupiterlinien gleichen fast genau den Marsanalen. Wie die Marsanale nach Lowell's Zeichnungen, enden auch die Jupiterlinien in größeren dunklen Flecken. Lowell erklärt sie allerdings dem Drange der starken Tatsachen nachgehend nicht als Kunstprodukte, sondern als Wolkenlinien. Wir scheinen sie mehr Verstandesfinden in Lowell's Gehirn zu entsprehen. Jupiter steht übrigens zu Anfang des Monats bei Sonnenanfang nahe dem Meridian (Mittagslinie). Seine Sichtbarkeit dauert nun bis auf 6 1/2 Stunden zu. Saturn's Sichtbarkeit verringert sich dagegen bis auf 7 1/4 Stunden am Ende des Monats.

Ebenso wurden debattiert angenommen die von der Kommission etwas abgeänderten Anträge: der Postangestellte gegen die im Postdienste üblichen Ueberstunden und für die 48-Stunden-woche; der Bühnengestellten, die Unterstützung in ihren Bestrebungen für geistlichen Schutz gegen die Stellenvermittlung; des Werbeposters, der die Unterstützung der staatlichen Ueberwachung aller Stellenvermittlungsbüros; der Arbeiter, welche die Einführung einer staatlichen Postparatasse verlangen — ursprünglich war in dieser Resolution an die diesbezüglichen Verordnungen der demokratischen und der republikanischen Parteien erinnert worden, doch änderte die Kommission den Wortlaut so, daß die Resolution sich direkt an das Bundesparlament wendet; der Arbeiter (auf Verbegehren), denen die moralische Unterstützung sämtlicher Gewerkschaften für ihre für 1910 geplante Aushundentag-Bewegung zugesichert wurde. Die in dem ersten Antrag enthaltenen Worte „auch nötigenfalls materielle Unterstützung“ waren in der Kommission gestrichen worden.

Größeres Interesse erregte ein von der Vertreterin der Handchuhmacher eingebrachter Antrag, der die angeführten Verbände verpflichtete, für die Erreichung vollständiger politischer Freiheit für die Frauen tätig zu sein. Die Kommission empfahl, den Ausbruch „der Kongreß verpflichtet die Gewerkschaften“ durch „der Kongreß empfiehlt den Gewerkschaften“ zu ersetzen; in dieser Fassung fand die Resolution gegen nur eine Stimme Annahme.

Eine Resolution verlangt, daß das Verhältnis des durchschnittlichen jährlichen Arbeitsverdienstes zu der Produktion des Arbeiters festgestellt werde. Die Bauarbeiter wünschen die Hilfe der Gewerkschaften zur Herbeiführung besserer sanitärer und hygienischer Verhältnisse bei den staatlichen Bauunternehmungen. Die Maschinenisten verlangen die geistliche Festlegung des Achtstundentages für alle Berufe. Zu diesem Zweck soll der Zentralvorstand des Gewerkschaftsbundes beim Präsidenten der Vereinigten Staaten vorstellig werden, entsprechende Eingaben an das Parlament machen und eventuell eine besondere Konferenz der Gewerkschaften zur Unterstützung dieser Agitation während der nächsten Parlamentsession nach Washington einberufen. Den Gewerkschaften von Nord-Island wird Unterstützung in ihrer Aktion gegen die ständigen Lohnherabsetzungen im dortigen Kriegsschiffbau zugesagt. Dort werden in letzter Zeit jugendliche Arbeiter von 12 und 14 Jahren in großer Zahl beschäftigt. Durch die Einführung des Stücklohnes ist der Verdienst für die meisten Arbeiter um 15 bis 32 Prozent gesunken. Die Handchuhmacher wünschen die Schaffung einer besonderen weiblichen Abteilung beim statistischen Amt; die Werftarbeiter verlangen eine größere Förderung des Kanalarbaus durch den Staat; der Landesverband Alabama will systematische Bekämpfung der Tuberkulose. Es wurde hierzu der Vorstand beauftragt, dem nächsten Kongresse einen Plan zur Bekämpfung der Tuberkulose vorzulegen.

Scharfe Debatten gab es bei den Anträgen mehrerer Gewerkschaften, einen allgemeinen Widerstandsfonds für den Gewerkschaftsbund zu errichten, die aber zuletzt mit großer Majorität abgelehnt wurden. Von den Vertretern des Zentralvorstandes wurde betont, daß alle Gewerkschaften sich mehr an höhere Beiträge gewöhnen und entsprechende Verteidigungsmittel selbst aufbringen müßten. Im Falle würden so wie bisher natürlich alle Gewerkschaften einer im Kampfe befindlichen Organisation beizutreten. Von den Gegnern des Vorschlages wurde besonders befürchtet, daß die Entscheidung über Streiks bei Schaffung eines solchen Fonds in die Hände einer Zentralbehörde liegen müßte, die nicht alle Verhältnisse der einzelnen Gewerkschaften kennen, ihnen also auch nicht gerecht werden könne.

Santiago Iglesias, der Delegierte der Gewerkschaften auf der Insel Porto Rico, ließ sich begnügen, begründet den längeren einen Antrag, der das amerikanische Bürgerrecht für die Einwohner Porto Ricos, das über eine Million Einwohner zählt, verlangt. Seit zehn Jahren gehört diese Insel zu den Vereinigten Staaten, doch bis heute sind ihr die damals versprochenen Rechte noch nicht verliehen worden. Ja, die Einwohner der Insel können sogar, wenn sie zum Festlande überfahen, das Bürgerrecht nicht erhalten, das den Einwanderern aus ganz fremden Ländern gewährt wird. Zum Schutze der Arbeiter in den Kaffeeplantagen Porto Ricos soll dort die Gewerkschaftsmarke eingeführt und allen Gewerkschaften empfohlen werden, nur noch Kaffee mit der Gewerkschaftsmarke zu kaufen. Eine Sympathie-Resolution für die Arbeiter Porto Ricos wurde mit 74 gegen 55 Stimmen angenommen. Die Straßenbahnen werden sich gegen die Beschränkungen des Koalitionsrechtes, der Rede- und Pressefreiheit im Zivildienste. Es soll in entsprechenden Weise auf die angeführten Körperlichkeiten eingewirkt werden. Eine ganze Reihe von Anträgen auf Freistellung agitatorischer Kräfte durch den Gewerkschaftsbund werden dem Zentralvorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Bühnengestellten verlangten, der Gewerkschaftsbund solle ihnen beistehen, alle europäischen Organisationen dieser Art unter ihre „Oberhoheit“ und damit auch in die „American Federation of Labor“ zu bringen. Auf Vorschlag der Kommission wurde jedoch beschlossen, möglichst enge gegenseitige internationale Verbindungen unter den Organisationen der Bühnengestellten aller Länder zu schaffen.

Parteinachrichten.

Warnung. In Frankfurt a. M. hat ein Bote namens Weinberger mit einem gefälschten Empfehlungsbriefe der Genossin Rosa Luxemburg von Parteigenossen Geld herausgelockt. Wir warnen vor diesem Betrüger. Er ist von mittelgroßer Statur, blondem Haar und Schnurrbart, spricht gewandt Deutsch und schreibt eine sehr gute Handschrift.

Gewerkschaftsbewegung.

Der diesbezügliche Zechnarbeitsnachweis, welcher erstliche Differenzen zwischen Grubenbesitzern und Bergleuten im westfälisch-rheinischen Kohlenrevier hervorgerufen hat, erhält im wesentlichen folgende Fassung:

Bekanntmachung.

Am morgigen Tage tritt der Arbeitsnachweis für die Bechen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in Kraft. Zur Durchführung der Arbeitsvermittlung sind an einer größeren Anzahl von Orten Nachweistellen errichtet worden. Die für unsere Schachtanlagen zuständige Nachweistelle befindet sich in Die Belegschaften, welche unsere Bechen zu verlassen und auf einen anderen, dem Bechenverband angeschlossenen Beche in Arbeit zu treten wünschen, sind verpflichtet, die obengenannte Nachweistelle in Anspruch zu nehmen. Dieselbe ist geöffnet, ausschließlich der Sonn- und gesetzlichen Feiertage, morgens von bis nachmittags Uhr. Das des Belegschaftsmitglied dem zuständigen Bechenbeamten (Betriebsführer, Stellvertreter) gegenüber die Kündigung auszusprechen, so wird ihm von jezt ab ein Kündigungsschein ausgestellt. Der Arbeitssuchende hat diesen Schein der Nachweistelle vorzulegen unter Angabe der Beche, auf der er in Arbeit zu treten wünscht. Werden auf dieser Beche noch Arbeiter seiner Art gewünscht, so wird dem Arbeitssuchenden ein ausgefüllter Arbeitsnachweischein ausgestellt, auf dem die von ihm gewünschte Beche bezeichnet ist. Mit diesem Schein hat sich dann der Arbeitssuchende innerhalb zweier Werktage auf dieser Beche zu melden. Läßt der Arbeiter diese Frist von zwei Werktagen verstreichen, ohne daß er bei der auf dem Schein bezeichneten Beche um Arbeit angefragt hat, so wird der Schein der Arbeitssuchende von der neuen Beche zur Arbeit angenommen, so wird ihm der Nachweischein abgenommen. Andernfalls wird der Schein mit Stempel und Unterschrift des Bechenbeamten versehen und zwecks Erlangung eines für eine andere Beche gültigen neuen Arbeitsnachweises zurückgegeben. Erhält der Arbeitssuchende von der Nachweistelle einen Arbeitsnachweischein für eine in einem anderen Nachweisbezirk gelegenen Beche ausgestellt, wird jedoch von dieser Beche nicht an-

genommen, so kann die Ausstellung eines neuen Arbeitsnachweisescheines auch durch die für diese Bechen zuständige Nachweistelle erfolgen. Im übrigen aber nur durch die Nachweistelle, die den ersten Nachweischein ausgestellt hat und für seine jegliche Beche zuständig ist.

Zeche Unterschrift: Datum: Unterzeichnet: Wie bestimmt verlautet, soll der Arbeitsnachweis am 1. Jan. 1910 eingeführt werden, jedoch sind Uebertragungen nicht ausgeschlossen, da die Bekanntmachung ausdrücklich lautet „am morgigen Tage“. Daraus geht hervor, daß die Bestimmungen erst am Tage vor ihrem Inkrafttreten veröffentlicht werden sollen. Die Streikstimmung wächst fortwährend, namentlich in den Kreisen der nichtorganisierten Bergleute. Innerhalb der Bergarbeiterverbände rät man aber von einem Streik zu jeglicher Zeit ab.

Die Gelbhaunung für die Schweden ist strafbar. Der Arbeiterleiter der Gewerkschaften in Augsburg hatte seinerzeit in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des dortigen Gewerkschaftsrates den in der Augsburger Parteipresse erschienenen Aufruf der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands mitunterzeichnet und sich zur Empfangnahme und Weiterbeförderung eingehender Gelder bereit erklärt. Die Augsburger Polizei erließte darin eine Aufforderung zur Vornahme einer unerlaubten öffentlichen Sammlung und begnügte den Arbeiterleiter mit einem Strafmandat, lautend auf 10 Mark Geldstrafe eventuell 2 Tagen Gefängnis. Gegen diesen Strafbefehl hatte der Arbeiterleiter Einspruch erhoben. Das Schöffengericht sprach ihn, unter Aufhebung sämtlicher Kosten auf die Staatskasse, frei. Gegen das freisprechende Urteil hatte dann der Staatsanwalt Berufung beim Landgericht eingelegt. Das Landgericht hob nun das Urteil des Schöffengerichtes auf und verurteilte den Angeklagten Walter zu 1 Mark (eine Mark) Geldstrafe und Tragung der Kosten. Das Gericht stützte die Verurteilung auf den Umstand, daß die gesammelten Gelder nicht wohlthätigen Zwecken zugeführt worden seien; andererseits könne bei der Ausbeutung der gewerkschaftlichen Organisationen von einer Sammlung im geschlossenen Kreise keine Rede mehr sein. Gegen das Urteil ist Revision beim Oberlandesgericht eingelegt.

Abgefallener Denunziant. Unter der vielversprechenden sensationellen Ueberschrift „Aus dem roten Sumpf“ hat ein gewisser Karl M. eine Broschüre veröffentlicht. M. war eine Zeitlang Angehöriger des Bauhilfsarbeiterverbandes und dann im Zentralbureau dieses Verbandes in Hamburg beschäftigt worden. Er schrieb die Broschüre, die Korruptionen und Unregelmäßigkeiten auf dem Verbandsbureau enthüllen will, fälschlich in einem Zustande der Verärgerung. M. hat nun seine Behauptungen auch noch durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen den Vorstand des Bauhilfsarbeiterverbandes wegen Begünstigung Nachdruck zu leisten versucht. Wie uns berichtet wird, hat der Staatsanwalt das eröffnete Verfahren gegen den Vorstand eingestellt.

Vermischtes.

Eine Dynamitpatrone gefunden. Eisen, 30. Nov. In Oberhausen wurde einem Polizeikommissar eine Dynamitpatrone mit brennender Zündschnur in die Wohnung gelegt. Bewohner des Hauses fanden die Patrone und konnten die Zündschnur löschen. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Begnadigt. Köln, 30. Nov. Der Großindustrielle van der Appen, Teilhaber der bekannten Firma van der Appen & Charlier, der zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, weil er einen Mann mit seinem Automobil überfahren und getötet hatte, wurde vom König zu einem Monat Festungshaft begnadigt.

Gymnasialkonditor in Frankfurt a. M. Der 16jährige Oberprimar Walter Jost, ein sehr begabter Schüler, hat sich, einem Privattelegramm aus Frankfurt a. M. zufolge, gestern abend, angeblich wegen schlechter Veranbarung durch einen Lehrer, in der elterlichen Wohnung durch einen Schuß getötet.

Der Diebstahl auf Zeche Gladbek. Gladbek, 30. Nov. Der Diebstahl auf der Zeche Gladbek wächst sich „roh aller bestürzlichen Dementis immer mehr zu einer Sensationsaffäre aus. Die bisherige Untersuchung in der Diebstahlsangelegenheit durch den Berliner Kriminalkommissar v. Treßlow II hat den Beweis erbracht, daß außer dem Diebstahl von 279 500 Mk. auch umfangreiche, längere Zeit zurückliegende Unterschlagungen auf dem fälschlichen Werte verübt wurden. Die Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen dauern fort.

Kohlengasvergiftung in der Kirche. München, 30. Nov. In Gefrees in Oberbayern wurden durch die schädliche Kohlenheizung während der Predigt 30 Männer und Frauen und sämtliche Schüler auf dem Chor plötzlich durch Kohlengas getötet, so daß der Geistliche die Predigt sofort abbrechen mußte. Trotz sofortiger Lüftung und auch noch außerhalb der Kirche erkrankten viele Personen.

Angriff auf einen Banknoten. Wien, 30. Nov. In der Mittagsstunde verurichten zwei Strolche in einer wenig belebten Straße der inneren Stadt einen Banknoten die Geldtasche zu entreißen. Auf dessen Hilferufe eilten Passanten herbei, prügelten die beiden Strolche durch und veranlaßten ihre Verhaftung.

Die Pest. Konstantinopel, 30. Nov. Nach Meldungen aus Beirut hat sich dort ein neuer Pestfall ereignet.

Ein Konkurs aus dem Zuge geworfen. Debreczin, 30. Nov. Mehrere Arbeiter, welche ohne Fahrkarte in einem Abteil dritter Klasse des nach Budapest gehenden Zuges Platz genommen hatten, warfen den Konkurs, als er die Fahrkartentourneen vornehmen wollte, aus dem Zuge hinaus. Der Konkursleiter geriet unter die Räder und wurde gräßlich verstümmelt. Die Täter wurden verhaftet.

Der Vulkan ausbruch auf Teneriffa. Teneriffa, 30. Nov. Die vulkanischen Ausbrüche haben hier aufgehört. Die Gendarmenposten sind zurückgezogen worden. Die Bevölkerung nimmt wieder ihre Tätigkeit auf.

Das Marinalspiel des Juwelendiebes. In Wien hat ein internationaler Juwelendieb bei dem Juwelier Sidon in der Margaretenstraße einen fälschlichen Diebstahl ausgeführt, bei dem er für 60 000 Kronen Schmuckstücke erbeutete. Daß der Dieb ein gewerkschaftlicher Verbrecher ist, beweist die Art, wie er die Tat ausführte und durch einen neuen Trick über den Einbruch hinwegtäuschte. Im ersten Stock des Hauses Margaretenstr. 5 wohnt über dem Laden des Juweliers Sidon eine Dame, die Zimmer vermietet. Das Zimmer, das sich genau über dem Laden befindet, ist gegenwärtig frei. Am Vormittag des 20. November sprach ein etwa dreißigjähriger Mann vor und erklärte, das Zimmer mieten zu wollen. Nachdem er es besichtigt hatte, zog er ein braunleernes Portefeuille hervor, das an der einen Kante Silberbeschlag hatte, und gab eine Zwanzigkronennote als Anzahlung. Als er das Portefeuille öffnete, wurden zahlreiche Banknoten sichtbar. Der Fremde sprach mit fremdenländischem Akzent. Er ging dann fort, kam jedoch bald mit einem Dienstmann wieder, der einen kleinen gelben Koffer und ein Weidenkörbchen brachte, und ließ den Korb im Zimmer einstellen. Bald hörte man aus dem Zimmer die Flötentöne einer Clarina. Im Gespräch gab sich der Mann als Artist an und nannte auch seinen angeblichen Namen, der wie Artur Verthold oder Artur Verthold klang. Am Abend brachte der Artist dem „M. W. T.“ zufolge einen neuen braunleernen, fächerartigen Couteau mit und zog sich wieder in das Zimmer zurück. Am Abend erfuhr dann wieder Marinalspiel aus dem Zimmer, und hierauf lösten der Fremde sich oft an den Tag zu Hause. Von Zeit zu Zeit hörte man im Laufe des Vormittags wieder das Marinalspiel, und um 3 Uhr nachmittags verließ der Fremde die Wohnung, ohne wieder zurückzukehren. Als der Fremde auch

am Montag früh nicht zurückkehrte, sah man in der Wohnung nach und fand schließlich alles in Ordnung, da der Verbrecher ein Loch im Fußboden mit dem Teppich verdeckt hatte. Der Juwelier Sidon aber entdeckte sofort, als er seinen Laden öffnete, ein Loch im Plafond. Von der Deckung baumelte ein Seil in den Laden hinab. Im Laden selbst herrschte die größte Unordnung. Alle Behälter waren aufgesprengt. Die Gläser lagen zum größten Teil entleert auf dem Boden. Auf der Erde unterhalb der in die Decke gemachten Öffnung lag aufgepannt ein Regenschirm, mit dem der Einbrecher den aus dem Loch nachbrodelnden Schutt aufgehalten hatte. Auf den Dieb wird auch in Berlin gefahndet.

Eine verfallende Stadt in Pennsylvanien. Die größte Stadt im pennsylvanischen Kohlenrevier, Scranton, wird von einem außerordentlichen Geschehnisse heimgegriffen. Sie verfiel nämlich in das unterirdische Erdreich. Vor wenigen Tagen begann dieser Verfallungsprozeß; er dauert an, und der größere Teil der Stadt ist in einer gefährlichen Lage. Die Kohlengruben hatten sich schon seit Jahren bis unter die Fundamente der Stadt ausgedehnt, und da jetzt nach ihrem Abbau die Stützbalken fortgeräumt werden, stürzt das Bruchland wie auf ein Signal ein. Der erste Erdbeben war von ungeheurer Umfang. Ganze Häuserblöcke im dicht bebauten Teil der Stadt, die auf einen Wert von über 10 Millionen Mark geschätzt werden, sanken ein. Ganze Straßen wurden in Ruinen verwandelt und Hunderte von Familien ihrer Wohnungen beraubt. Diefem Einbruch ist eine Reihe kleinerer Einbrüche gefolgt. Die durchschnittliche Tiefe der Erdsenkung beträgt vier Meter. Das ist genug, um jedes Haus zu zerstören. Die Straßenbahnen stürzten ein, die Dampfböden und Kirchen liegen in Trümmern. Die Wasserleitung und Kanalisation sind außer Betrieb.

Die ganze Stadt gewährt ein wüstes, oft groteskes Aussehen. Die Häuser neigen, wenn sie nicht ganz vom Erdbreich verschlungen sind, ihre Dächer bis auf die Erde. Fenster und Türen hängen aus ihren Angeln. Die Straßenbahngeleise schweben wie Spinnweben über ungeheuren Erdböden. Unmittelbar vor der Stadt verläuft eine ganze Eisenbahn mit einer Lokomotive in der Erde; der Lokomotivführer wurde von dem ausströmenden Dampf schwer verletzt. Die Minengesellschaften, die Besitzer des Grund und Bodens sind, auf dem sich die Stadt erhebt, zahlen den Landeigentümern jede Entschädigung. Den Hauseigentümern bleibt keine andere Wahl, als entweder die Häuser ihrem Schicksal zu überlassen oder alles zu verlieren. Bis jetzt sind Opfer an Menschenleben nicht gefordert worden. Dagegen haben zahlreiche Bewohner schwere Verletzungen erlitten.

Ein Staatsanwalt als Expresseur. Paris, 27. Nov. Dem Berliner Tageblatt wird geschrieben: Ein Staatsanwalt als Expresseur dürfte eine neue Erfindung in den Annalen der Justiz sein. Das Pariser „Journal“ erzählt heute eine Geschichte aus Montargis, die den dortigen Staatsanwalt dieses Verbrechens dringend verdächtig erscheinen läßt. Der Gutsbesitzer Voisin hat einen Scheidungsprozeß mit seiner Frau. Er reist alle Tage im Restaurant und lernt hier den Staatsanwalt Durand kennen, der vor kurzem seinen Posten angetreten hat, und dem er allmählich seine ganze Ehegeschichte erzählt. Bald darauf erhält der Gutsbesitzer einen anonymen Brief, die ihn eines Sittlichkeitsverbrechens gegen einen Knaben beschuldigen und ihn auffordern, seine Vergehen durch Zahlung einer Geldsumme gut zu machen, sonst würde der Staatsanwalt benachrichtigt werden. Der Beschuldigte eilt sofort zum Staatsanwalt, um ihn zu bitten, gegen die Expresseur vorzugehen. Der Staatsanwalt rät ihm statt dessen, lieber seinen Stempel zu machen und ihm vertrauensvoll einzugehen, ob nicht etwas an der Anlage wahr sei. Der Gutsbesitzer protestiert entrüstet, aber einige Tage später trifft ein neuer anonym Brief ein, diesmal beim Staatsanwalt. Der Beamte teilt seinem Wirtschaftsfreunde davon, deutet ihm an, er müsse ihn eigentlich verhaften lassen, wolle aber doch warten, bis weitere Beweise vorlägen, und teilt eine kurze Notiz an, nachdem er den Mann aus Montargis völlig in Verwirrung gesetzt hat. Vierundzwanzig Stunden später sind zwar keine Beweise da, aber ein neuer Brief, der diesmal nicht anonym ist. Er trägt die Unterschrift des Staatsanwaltes, ist aber merkwürdig genug auf dem gleichen charakteristischen Papier geschrieben, wie die Expresseurbriefe. Noch merkwürdiger als das Papier ist der Inhalt. Der Staatsanwalt teilt dem Manne, den er angeblich eines Verbrechens für schuldig hält, in freundschaftlichen Worten mit, daß ihm bei einem Zimmerbrand eine Summe von zweitausend Frank verloren gegangen sei, und bittet um eine Ausbühle.

Die Anlagen des „Journal“ basieren auf tatsächlichen Vorgängen, die in Montargis bekannt sind, und über die zuletzt eine Untersuchung eingeleitet ist. Der beschuldigte Staatsanwalt Durand hat zugeben müssen, daß er an den Gutsbesitzer Voisin einen Brief mit der Bitte um ein Darlehen sandte. Der Staatsanwalt bestreitet aber entschieden, daß er das Darlehensgeheim durch mehrere Drohbriebe vorbereitet habe. Seine Amtscollegen in Montargis scheinen geneigt, dieser Versicherung Glauben zu schenken und das gleichmäßige Briefpapier, die Ähnlichkeit der Handschrift, seine Mitteilungen und Äußerungen, der merkwürdigerweise übereinstimmende Inhalt der Schreiben, kurz alle äußeren verdächtigen Umstände einem zufälligen Zusammen treffen anzuschreiben. Herr Voisin, der in seinem Scheidungsprozeß als der schuldige Teil erkannt wurde, behauptet, daß dieser Mißerfolg auf den Staatsanwalt zurückzuführen sei und hat eine Klage außer an das Gericht in Montargis auch direkt an den Justizminister gestellt.

Kleines Feuilleton.

Die Frage des Geschlechtsverhältnisses. Zu den unangenehmsten Fragen der Biologie gehört die nach den Ursachen, die das Geschlecht des Individuums bestimmen. Die Natur sorgt selbst, ohne unser Zutun, für eine dauernde Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes zwischen den Geschlechtern. Und zwar geschieht dies mittels eines kleinen (1 auf 20) Ueberflusses an Knabengeburt, durch die die spätere größere natürliche Gefährdung des Knaben und Jünglings im voraus wieder ausgeglichen wird, so daß Arbeits- und Lebensbedingungen — die wir allerdings nicht haben — in einem Lande stets etwa gleich viel jugendfähige Männer wie Frauen vorhanden sein müßten. Nach welchem Geleze und unter welchem Einflusse sich aber im einzelnen das Geschlecht des erzeugten Kindes bestimmt, ob dieses schon von vornherein im Ei vorausbestimmt ist oder erst durch Einflüsse während der Schwangerschaft geregelt wird, — darüber bestehen zwar eine ganze Anzahl geistvolle Hypothesen, von denen aber bis jetzt noch keine Anspruch auf Sicherheit erheben kann.

So hat man z. B. die Vermutung aufgestellt, daß der Ernährungszustand der Mutter von besonderer Bedeutung sei, indem ein schlecht ernährte Mütter vorwiegend Knaben erzeugen. Eine andere Theorie, die sich auch auf Experimente in den preußischen Landeshäusern stützt, behauptet, daß je mehr der männliche Teil geschlechtlich in Anspruch genommen sei, um so mehr männliche Geburten zu erwarten seien. Andere Forscher wollen festgestellt haben, daß der jenseitig stärkere Teil das Geschlecht bestimmt und zwar in umgekehrtem Sinne, so daß also bei stärkerer Sexualität des Mannes mehr Mädchen erzeugt würden, bei solcher der Frau mehr Knaben. Viel Anhang hat die schon vor fast 100 Jahren von Doeder und Sadler aufgestellte Hypothese gefunden, wonach das Alter der Erzeuger, resp. der Altersunterschied zwischen ihnen von maßgebendem Einflusse sei.

Diese Hypothese hat eine Stütze gefunden durch neuerliche Untersuchungen, die der Statistiker Arthur Grünpan an der Hand eines umfangreichen Materials angestellt hat und deren Ergebnisse er unter dem Titel „Zur Frage der Geschlechtsbestimmung“ in einer kleinen Schrift bei Jast (Berlin 1908) veröffentlicht hat. Das der Untersuchung zugrunde liegende Material waren die statistischen Berichte der Stadt Berlin über die Geburten der Jahre 1878–1905, die 1180 313 Bälle umfassen, so daß also das Geschlecht der großen Zahl hier bereits voll zur Anwendung gelangt. Grünpan hat nun herausgefunden, daß das Geschlechtsverhältnis, d. h. die Zahl der auf je 100

Mädchen geburten falle je jünger der Vater ist, desto relativ viel Mädchen, Knaben. Auf je 1 Knabengeburt:

Vaters Alter	18–20	20–24	24–28	28–32	32–36	36–40	40–44	44–49	überhaupt
	111,7	111,7	111,7	95,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Wenn man die das Geschlechtsverhältnis kleineres wird. Und eine nur von wenigen auf Grünpan beruhenden Vergleiche herangezogen, eines der dunkelsten nach durch diese Untersuchungen.

Die sanitären der Weise greifen in Typhus usw., um sich

Sup
Fix und
Kn
Sup
Jeder
Umschlag
gilt als Gutschein

Be

Ausgang aus der St

§ 1. Jeder Eigen geplatzte städtische Eigen beuten oder unbefauten Länge des Grundstücks

Bei Grundstücken, nicht selbst bebaut nach der Straße zu liegen, sonst aber dem Grundbesitzer den Grundbesitzer den Grundstück überträgt ist. Reinigungspflicht betref des Hauses und jenseits

Der vorgedachte aufgeführt nachkommen abkommen mit dritten

§ 3. Die Trottoir (P. 2. v. 23. 5. 94) e dem darauf befindliche Stunden von morgen 1 Eis und Schnee gehalten sind dieselben mit Ba Trottoirs bei Beschmut

§ 40. Bei eintr ganze Breite mit Sand, werden. Bei Straßen, Trottoirs sind, muß mindestens 1 Meter ge

Das Streuen hat morgens 7 bis abend vollständig vorgeordnet (Eis) (Trottoir) Ba sofort zu entfernen.

Die Verpflichtung § 1 zur Reinigung d

§ 70. Zimmerbe werden, insoweit nich insbesondere des § 36 vom 31. Mai 1870 1 bis zu 30 Mk., an Gast tritt, bestraft. Wer es unterläßt, pflichtungen nachkom wärtigen, daß das B zur Ausführung gebr Vorbehaltender Aus betr. die Sanitäre des Verord wird hiemit der Vorschriften ist G

Gerford, den 2

Bis Som

H.

Brack

Ni

A

R

Brack

Die aus
Hauptmanns 95 Pfg. - Woche

noch vorhandenen Waren werden soweit Vorrat vorhanden **heute u. morgen**
noch zu **95 Pfg.** verkauft.

Neues Tonbild-Theater

Niedernstrasse 12.

Heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag:

Neues, grosses, erstkl. Riesen-Dauer-Programm!

Rudolf von Habsburg!

Grosses historisches Schauspiel.

Ein hartes Herz

tragische Bauernkomödie.

Frau Quabbel's Entfettungskur

Tränen werden gelacht.

Eine Fahrt auf stürmischer See.

Severliche Naturaufnahme.

Drama an der Bretonischen Küste.

Ergreifendes Drama aus dem Leben der bretonischen Küstenbewohner.

Ein Abend im Zigeunerlager.

Ungarisches Tonbild mit Gesang u. Tanz.

Kunstfilm!

Josef in Aegypten wird von seinen Brüdern verkauft.

Biblische Szene von Gerault u. Berr.

Auf dieses Bild, welches das schönste der Gegenwart ist, möchten wir ganz besonders hinweisen.

Der Glückspilz.

Vorzugliche Humoreske.

Die erste Liebe.

Liebesroman aus dem tägl. Leben.

Ich weisse ein lieb. Schätzlein Oper: Die erkaufte Braut.

Halbsektulärfeier in Yokohama (Japan).

Attnell! Wunderbare Farbenfotomatographie von Bathé freres, Paris.

Brackwede.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle ich als passende Geschenke

Nähmaschinen und Fahrräder, Wasch-, Wring- u. Mangelmaschinen, Kochmaschinen, Defen, Haus- u. Küchengeräte.

Führe nur erstklassige Ware. Teilzahlung gestattet.

W. Siekmann, Gieselerstr. 65.

Bahnhofstrasse. Kinematographen-Theater zur alten Post.

Heute neues Programm.

„Macbeth“, nach der Tragödie W. Shakespeare, „Der Jocke Jim Blackwood“, „Opfer des Vaterlandes“ usw.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Überschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorauszahlung angenommen.

Dirfrage 12?

Sie

wissen es doch, daß heute im Kinematographen-Theater zur alten Post neues Programm ist.

Das schönste

Weihnachts-Geschenk ist eine „Polarstern-Nähmaschine“. Familien-Nähmaschine zum Fußbetrieb in feinsten Ausführung mit gebogenem Verschlußstift 46 St. Schwingstift, Ringstift, Rundstift, Schnellnäher, Zentral-Bohrer-Maschinen 60-85 St. Unübertroffen erhaltliches Fabrikat, 5 Jahre schriftliche Garantie! Befestigung ohne Kaufzwang, gern gestattet. Bielefelder Nähmaschinen- u. Fahrrad-Fabrik, G. m. b. H. Verkaufslager Friedrichstr. 25. Telefon 1293. Sonntags geschlossen. [6633]

Kochherde,

gebrauchte, weiße und schwarze, sowie gebrauchte Defen in großer Auswahl, gebe unter Garantie taubelosen Funktionierens billig ab. Adolf Heine, Ritterstr. 57. [5450]

Strickwolle

10 Bind 43 Pfg. und besser. Heine. Beimbiele, Brackwede, Bünde, Querenheim. [4918]

Sie

wissen es doch, daß heute im Kinematographen-Theater zur alten Post neues Programm ist. [6639]

Dirfrage 12?

Möbel,

größte Auswahl, sehr billig, als: Kleider-Schränke 25 St., Holzbeistellen 12 St., Waschtische 12 St., Divans 35 St., Küchenschränke 24 St., Topfschränke 15 St., Tische 8 St., Stühle 2 St., Truhen mit Stufe 25 St., Flurgarderoben 14 St., Matratzen 10 St., Kommoden 21 St., Vertikons 40 St., Schreibtische 45 St. Enorme Auswahl. Gute Verarbeitung. Befestigung ohne Kaufzwang. J. Mertens, Zahnplatz. [5898]

Verlobte

finden die allergrößte Auswahl in Küchen, Schlafzimmern und Wohnzimmern allerneuester Modelle im Möbelhaus von J. Mertens, Zahnplatz. Eigene Tischler-, Maler- und Polsterwerkstätten. Befestigung ohne Kaufzwang. Lieferung frei. Preise konkurrenzlos billig. [5899]

Bettstellen,

300 Stck. mit Matratzen, fabelhaft billig bei J. Mertens, Zahnplatz. [5900]

Matratzen.

Die allerneuesten verbesserten Stahlfeder-Matratzen mit 20jähriger Garantie sehr billig in der Fabrik von J. Mertens, Zahnplatz. Alle Matratzen werden umgearbeitet. [5901]

Herde,

Defen und Haushaltsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt G. Bratemeier, Rohreistr. 72, gegenüber der Schule. [5340]

Wortmanns Matador, bester Gut, garantiert wetterfest, 3. - 3.50, 4. - 4.50, 5. - 6.064

Klappzylinder,

Gelegenheitskauf 5.40, 6.25, Wortmann, Niedernstraße 24. [6065]

Belzreparaturen,

Modernisieren, schnell und billig. Wortmann, Niedernstraße 24. [6066]

Hüte!

vom feinsten Daubhut bis zum billigsten Filzhut, nur moderne Farben und Fassons, Sport- und Winter-Hüten in allen Preislagen. W. Schierbaum, Delmühlenstr. 69. [6462]

Hofenträger,

Wäsche, Portemonnaies, Toilettes, in den verschiedensten Preislagen, empfiehlt W. Schierbaum, Delmühlenstr. 69. [6463]

Auto-Schals,

Kragen-schoner und Krawatten, nur letzte Neuheiten, laufen Sie nirgendso billiger wie bei W. Schierbaum, Delmühlenstr. 69. [6464]

Schirme

für Damen und Herren in allen Preislagen. Reparaturen schnell und billig. W. Schierbaum, Delmühlenstr. 69. [6465]

Handschuhe,

Wildleder, imitierte und gestricke, weiße und bunte, für Damen, Herren und Kinder, von 40 Pfg. an. W. Schierbaum, Delmühlenstr. 69. [6466]

Schirme

für Damen und Herren in allen Preislagen. Georg Meier, Herforderstr. 12. [6262]

Wiebrod durchgebrannt ist mein beliebter Stangenkäse Pfd. 55 Pfg. [6304]

Wiebrod Schweizerkäse

bei ganzen Pfd. 1 St., auf Wunsch geschneitten. [6305]

Wiebrod Guter Zwisch

24 Stck 15 Pfg., Schokolade 3 Tafel für 10 Pfg. [6306]

Wiebrod Heringe,

wonon jeder spricht, daß es ganz was delikates ist, Dtd. 55 Pfg. [6646]

Wiebrod Salzgurken,

5 Stck 20 Pfg. [6647]

Wiebrod Sauerkraut,

4 Pfund 20 Pfg. [6648]

Wiederverkäufer!

Salzgurken, Heringe, alle Käsearten. Preise nach Uebereinkunft. [6649]

Büdlinge,

5 Stck 25 Pfg. [6650]

Wiebrod durchgebrannt

ist mein Limburger, Pfd. 55. [6644]

Wiebrod Schweizer,

Pfund 1 St. [6645]

Bücher und Zylinder

liefern die besten und billigsten Patent-Matratzen, zu jeder Bettstelle passend. Postkarte genügt. Bielefeld, Schildescherstr. 92. [6450]

Gute Ware

beste Kellame. Normalhemde, Hautjaden, Unterhosen, woll. Herrenstrümpfen, Strümpfe, Vorhemde, Nachjaden, Damenhemde empfiehlt P. Riffel-macher, Friedrichstr. 50. [6637]

Freitag, 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Symphonie-Abend

des städt. Orchesters im Stadt-Theater

unter Mitwirkung von Herrn

Wilhelm Backhaus (Klavier). [6554]

Leitung: Kapellmeister **Max Cahnbley.**

1. Beethoven: Erste Symphonie in C-dur.
2. Tschaikowsky: Klavierkonzert in B-moll.
3. Schubert: Klaviersoli.
4. Berlioz: Ouverture „Die Vehmrichter“

Konzertflügel Ibach.

Preise der Plätze:

Orchester-Loge	2.00 Mk.
Fremden-Loge	1.30 Mk.
1. Rang-Loge	1.25 Mk.
1. Rang-Balkon	1.00 Mk.
Parkett-Fauteuil	0.75 Mk.
1. Parkett	0.50 Mk.
II. Parkett	
II. Rang-Balkon	
II. Rang 2. und 3. Reihe	
II. Rang 4. bis 6. Reihe	
Amphitheater 1. bis 3. Reihe	
Amphitheater 4. u. 6. Reihe	
Galerie	

Vorverkauf in der Musikalienhandlung Selle.

Kassenöffnung 3 Uhr.

Kassenöffnung 8 Uhr.

Achtung! Herford. Achtung!

Unserer werten Rundschaft zur gefl. Kenntnis, daß laut Beschluß des Vereins die Milch nicht länger als 14 Tage auf Borg verabfolgt wird. [6631]

Verein der Milchverkäufer, Herford.

fertig schnell und sauber an Buchdruckerei „Volkswacht“.

Heirats-Einladungen

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Überschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorauszahlung angenommen.

Dirfrage 12?

Sie

wissen es doch, daß heute im Kinematographen-Theater zur alten Post neues Programm ist.

Das schönste

Weihnachts-Geschenk ist eine „Polarstern-Nähmaschine“. Familien-Nähmaschine zum Fußbetrieb in feinsten Ausführung mit gebogenem Verschlußstift 46 St. Schwingstift, Ringstift, Rundstift, Schnellnäher, Zentral-Bohrer-Maschinen 60-85 St. Unübertroffen erhaltliches Fabrikat, 5 Jahre schriftliche Garantie! Befestigung ohne Kaufzwang, gern gestattet. Bielefelder Nähmaschinen- u. Fahrrad-Fabrik, G. m. b. H. Verkaufslager Friedrichstr. 25. Telefon 1293. Sonntags geschlossen. [6633]

Kochherde,

gebrauchte, weiße und schwarze, sowie gebrauchte Defen in großer Auswahl, gebe unter Garantie taubelosen Funktionierens billig ab. Adolf Heine, Ritterstr. 57. [5450]

Strickwolle

10 Bind 43 Pfg. und besser. Heine. Beimbiele, Brackwede, Bünde, Querenheim. [4918]

Sie

wissen es doch, daß heute im Kinematographen-Theater zur alten Post neues Programm ist. [6639]

Dirfrage 12?

Dirfrage 12?

Sie

wissen es doch, daß heute im Kinematographen-Theater zur alten Post neues Programm ist.

Suppentkochen,

à Pfund 20 Pfg., empfiehlt W. Schierbaum, Delmühlenstr. 69. [6620]

Rindfleisch,

schieres, ohne Knochen, zum Ver-wurften, empfehle ich sehr billig. W. Schierbaum, Delmühlenstr. 69. [6621]

Buppenwagen,

Sportwagen, Sessel, Triumphstühle sowie sämtliche Korb- und Bürsten-waren empfiehlt zu billigen Preisen G. Braatz, Mühlenstr. 12. [6634]

Preis-Stat

bei Lehmann, Heinrichstr. 49, Sonntags nachmittags 3 Uhr. Ausgepielt wird ein ganzes Reh. [6656]

Miteffer,

Pidel, Sommerproffen, werden nach eigener, erprobter Methode, gründlich und schmerzlos aus der Haut entfernt. Am Damm 5, part. links. [6632]

Blüschhofa

weit unter Preis. Zöllenderstr. 24. [6389]

Wohnung

von 3 Räumen und Stallung sofort oder später zu vermieten. Feldstr. 35. [6664]

Sie

wissen es doch, daß heute im Kinematographen-Theater zur alten Post neues Programm ist.

Dirfrage 12?

Burfbahn ist der Spielerfolg wegen des Abtrahens der Geld-
stücke unbedenklich.

Angesichts dieses Gutachtens hält es das Zentralblatt für
das deutsche Gastwirts-gewerbe als Pflicht der Gastwirte, sich
von allen Spielautomaten loszusagen.

Die „Westfälische Zeitung“ bringt gestern auch glücklich die
alberne Lügegeschichte vom sozialdemokratischen „Bumfons“,
die wir schon am Sonnabend hinsichtlich in ihrer ganzen Dumm-
heit und Verlogenheit gekennzeichnet hatten. Es wäre ja auch
schade gewesen, wenn sich die „Westfälische“ diesen fetten Schoppen
hätte entgehen lassen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns ge-
schrieben: Während in der Operette „Die lustige Witwe“ unter
erweiterter lebhafter Teilnahme des Publikums heute (Mittwoch)
ihre Neueinführung entgegensteht, findet im Schauspiel
morgen ein Gerhart Hauptmann-Abend statt, der das interessante
Schauspiel „College Crampton“ bringt. Als Klassiker-Vorstellung
am Sonnabend folgt „Wilhelm Tell“, und sei besonders
darauf hingewiesen, daß der Anfang dieses Klassiker-Abends ver-
suchsweise auf 7 Uhr gelegt ist, wodurch ein früheres Ende er-
möglicht wird, was hiesigen und besonders auch auswärtigen
Theaterfreunden nur erwünscht ist.

Polizeibericht. Gefunden: 1 zweirädrige Handkarre,
1 alte Schieblarre, 1 schwarzer Muff, 1 kleines rotbraunes
Portemonnaie mit geringem Inhalt, 1 braunes ledrernes Hunde-
balsband.

Verloren: 1 Paar neue weißelbene Damenhandschuhe,
1 zwanzigmarstück, 1 zweireihige Kinderhaube, 1 grünes
Damenportemonnaie, inlegend etwa 3 Mark in bar und ein
Schlüssel, 1 altes Portemonnaie mit etwa 32 Mk. Inhalt, eine
Glasbottle, Kinderjahreskarte Bielefeld-Brake.

Zugelaufen: 1 Alredale-Terrier.

Zeitgenossen wurden zwei Personen wegen Unter-
schlagung, 3 Personen wegen Betrugs und 1 Person wegen
stetiger Verfolgung; 16 Obdachlose erhielten Unterkunft
im Polizeigefängnis.

Die beiden Einbrecher, welche am 23. bezw. 24. v. M.
hier festgenommen wurden, konnten bislang aller hier verübten
Einbrüche leider noch nicht überführt werden. Der eine Festge-
nommene hat angegeben, am Kirmesabend eine silberne Damen-
uhr und 3 Ringe — erstere zusammengebrochen — in den an der
Ecke der Königs- und Buddenstraße befindlichen Wassertümpel ge-
worfen zu haben. Da dieser Tümpel bereits aufgefroren war, ist
es nicht ausgeschlossen, daß obige Gegenstände von Kindern,
welche sich auf dem Eise getummelt haben, gefunden sind. Sollte
letzteres der Fall sein, so wird um umgehende Vorlage der
Sachen, eventuell um entsprechende Mitteilung an die Kriminal-
abteilung gebeten.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis
Bielefeld-Wiedenbrück.

Donnerstag, 2. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, im Restaurant
„Stadt Bielefeld“.

Vertrauensmänner-Sitzung.

Versammlungen.

Donnerstag, 2. Dezember.

Bielefeld. Arbeiter-Abteilungen-Bund. Abends
8 1/2 Uhr in „Stadt Bielefeld“: Führung durch die Wan-
schmud-Anstalt. Führer: Karl Böve.

Gilsen. Tabakarbeiterverband. Abends 8 1/2 Uhr
bei Genossen Wilhelm Schürstedt. T. O.: Welcher Ver-
band vertritt am besten die Interessen seiner Mitglieder?
Referent: Kollege Schlüter-Bielefeld.

Freitag, 3. Dezember.

Bünde. Tabakarbeiterverband. Abends 8 1/2 Uhr bei
Gastwirt Timmert.

Der Zweck heiligt die Mittel!

Unter dieser Überschrift bringt Herr Simon Kreiling, Ge-
werbereisführer und Redakteur in Detmold, in seinem „Gut
Brand“ einen Artikel, der sich insbesondere mit dem in letzter
Woche in Essen verhandelten Prozeß des Vorstandes vom alten
Bergarbeiterverband gegen den „Christlichen“ im Busch be-
schäftigt. Es wurmt den guten Mann augenscheinlich noch
immer, daß er im letzten Frühjahr mit einer Verleumdung
besetzten alten Bergarbeiterverbandes so elendiglich hinein-
gepfiffen ist.

Wir sind deshalb auch weit entfernt, dem Herrn Kreiling
diese neue Schimpfepistel sonderlich übel zu nehmen. Es kann
eben niemand aus seiner Haut heraus und erst recht der nicht,
dem das Schimpfen, Verleihen und die Begeisterung Anders-
geinnter so zur zweiten Natur geworden ist, wie wir das bei
dem Herrn Kreiling schon so oft konstatierten konnten.

Wogegen wir uns diesmal wenden wollen, ist die, gelinde ge-
sagt, Heuchelei, mit welcher Herr Kreiling seine komischen
Bergarbeiter schiebt. Herr Kreiling schreibt am Schluß seines
Artikels:

„Wenn je, so hat dieser Prozeß gezeigt, mit welchen unrech-
tlichen und verlogenen Mitteln in sozialdemokratischen Ver-
bandsstreifen gegen den Gewerkschaften gekämpft worden ist.
Dieser Prozeß hat aber auch diese Leute in einer Weise ent-
larvt, wie es wohl selten geschehen ist. Der christliche Gewer-
kschaften ist gegen uns so gänzlich gereinigt. Moralisch ist
den sozialdemokratischen Führern eine schmachvolle Niederlage
bereitet worden, usw.“

Gegenüber diesen wunderbaren Kapriolen einige Fest-
stellungen, die zur Beurteilung der „unrechlichen und ver-
logenen Mittel“, die Herr Kreiling bei seinem „Kampfe“
gegen die verhassten roten benutzt, von einigem Werte sind.
Im Laufe des verflochtenen Sommers hatten wir schon Gelegen-
heit, Herrn Kreiling ein wenig derb auf seine „Christenfinger“
zu klopfen. Es handelte sich damals um ein im „Gut Brand“
erschienenes „Eingeländ“, in welchem unserem Schötmacher Ge-
nossen Pantofle schwere Vorwürfe über „Antreibereien“, die
Pantofle begangen haben sollte, gemacht wurden. Dieses „Ein-
geländ“ trug die Unterschrift eines gewissen Herrn Fritz Linne,
welcher unseres Wissens in Anstaltsarbeit bei Schötmacher seinen
Wohnsitz hat. Dieses „Eingeländ“ nun hat der Herr Kreiling
nachweislich dazu benutzt, um Pantofle noch extra eins anzu-
hängen, dabei gab er sich aber in einer Anmerkung, die er zu
einer von Pantofle eingeleiteten Berichtigung schrieb, den An-
schein, als habe er mit dem Inhalt des „Eingeländ“ nichts zu
tun. In der nächsten Nummer des „Gut Brand“ kam aber durch
eine Indiskretion des Herrn Linne in einem weiteren „Ein-
geländ“ zum Ausdruck, daß Linne einen jener verleum-
derischen Vorwürfe, es hieß darin etwa: Pantofle habe die
Leute sehr getrieben, — so daß die Biegelei zuletzt
schriebene hatte, dieser Rastus feierlich durch die Re-
daktion des „Gut Brand“, d. h. durch Herrn
Kreiling in Detmold hineingebracht worden.

Sie haben wir also einen Fall, in dem Herr Kreiling unter
fremder Flagge einem „Noten“ einen Vorwurf macht, der
an Niedertracht keinesgleichen suchen dürfte.

Weiter. Herr Kreiling macht dann noch eine Mitteilung
von dem „Proletarier“, dem Organ des Fabrikarbeiterverbandes.
Dieses Blatt hat jüngst eine Reihe von Ziegelmessern genannt,
die sich ganz besonders angelegen sein lassen, ihre Arbeiter aus-
zuplündern. Unter diesen Messern befindet sich auch ein gewisser
Herr Grauting. Daß dieser ob der ihm vom „Proletarier“ ge-
wordenen Brandmarke nicht sonderlich erobert war, läßt sich
denken. Dieser Meister Grauting, wenn wir nicht irren, aus den
„oller Zipper“, läßt sich jetzt von seinen Arbeitern, neun an der
Zahl, bezeugen, daß das „Effen“ nicht schlecht, sondern gut
ist, „besonders“, wenn Frau Grauting es kocht“,
daß ferner zum Kochen nicht Elbwasser, sondern „Regenwasser“
aus der Zisterne benutzt wird, und — das ist wohl das Aller-
wichtigste —, daß Meister „Grauting mit seiner Familie, man
staune, dasselbe Effen isst, wie seine Arbeiter.“

Aber es kommt noch besser. Unser Kollege hat offenbar den
Eindruck gehabt, daß Grauting auf Kosten seiner „Ziegelbäder“
Schweine mästet. Es liegt dem herzensguten Meister jedoch
nicht ferner als das; und so läßt er seine Arbeiter dann „der
Wahrheit gemäß bezeugen“, daß er nicht sechs Schweine, zehn
Gänse, zehn Enten usw. besitzt, sondern daß er nur acht
Schweine, sieben Gänse, sieben Enten und dreißig Hühner hat!
Wird nicht heit es dann weiter — und darin liegt der Gipfel der
unreimlichen Komik —: „Wir können zwar nicht wissen, wieviel
der hiesige Müller an Schrot und Mais herbringt, aber daß
er bei fünf bis sechs Tsd hier herbringt, das sehen wir öfter.“

Diese Bezeugung ist doch ungefähr von derselben Güte,
wie diejenige, die sich ein zweiter Meister — dem der Vorwurf
der Schmutzkuren gemacht wurde — (von einem
anderen Meister im „Gut Brand“, wohl gemerkt!) von seinen
Arbeitern ausstellen läßt. Aber, da entsetzen wir uns eben,
daß Herr Kreiling ja einmal von den Ziegeln „Aneloten“
haben wollte. Sollten da vielleicht ein paar willige Zieglerleute
sich mit Herrn Kreiling einen Spaß erlaubt haben? Ganz von
der Hand zu weisen ist das nicht.

Doch wie dem auch sei, Herr Kreiling knüpft an seine Be-
merkungen über den „Proletarier“ die Schlussfolgerung, daß
dieser es nicht für nötig halte, die ihm zugehenden Verträge zu
prüfen, weil ihm sonst das „gesunde Fressen“ entgehen könne.
Wir wollen hier Herrn Kreiling ein wenig beim Ohr nehmen.
Ist es dem guten „Kampfen“ denn schon so ganz und gar ver-
geßen, daß er jahrelang den dümmsten Reichsverbandsschwindel
abgedruckt hat? Weiß er nicht mehr, daß ihn keine Eigen-
schaft, gedankenlos den größten Hundst auf bringen, damals
gegenüber dem Bergarbeiterverbande auf die Zinnschulden ge-
bracht hat? Doch Kreiling geht, wie wir eingangs ge-
sagt haben, noch ein gutes Stück weiter, er verleumdet und läßt zu
dem, was ihm ein Linne mittel, noch einen gehörigen Rost zu-
und nun fragen wir: Kann mit dem Vorurteil sich und
Christen in ein größerer Mißbrauch getrieben werden, wie
ihm diese (wie wir schon einmal nannten) christlich-
nationale Verleumdung treibt?

Es bleibt dabei: Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus
Prin

* Gadderbaum, 30. Nov. Die Gemeindevorwahlen sind
getätigt und der Bodelschwingsche Kandidat ist
gewählt. Freuet sich nun, der Einwohner des Gegentes und
der Federtrage, denn Herr Karl Generoth, welcher der Not-
wendigkeit der Verbesserung so klar und überzeugend Aus-
druck gegeben hat, wird jetzt für Abhilfe sorgen. Wie es scheint,
will man ihm auch so viel Stoff wie möglich verschaffen, denn
noch gestern ist wieder mitten auf dem Wege zur Tongrube,
fast noch auf der Willowstraße, ein Fuder halbverfaultes Stroh
abgeladen worden. Wie es schien, war auch der verdorrte Sieges-
franz von Karl Generoth dabei. Vielleicht beabsichtigen die
Schlauberger, den ganzen Weg an der Tongrube vorbei mit
Stroh und Siegesfränzen zu pflastern. Denn Siegesfränze
werden die braven Christen bei solchen Gelegenheiten wohl noch
mehr holen. Man muß sie gesehen haben, die armen Schelme,
die da zur Wahl geschleppt wurden.

Da schleppt der Handwurst in buntschneideriger Jacke

Den Totengraber Hudepud;

so daß dieser nicht einmal Zeit genug hatte, das Grab groß ge-
nuß zu handeln, welches zur Aufnahme eines neunjährigen Kin-
des bestimmt war. Die traurige Folge war, daß der Sarg be-
seits gestellt und die Leichentragenden circa 4 Stunden warten
mußten, bis die Leiche der Erde übergeben werden konnte. Wenn
wir auch so wie die Christen über Terrorismus heulmeiern wür-
den, hier hätten wir sicherlich volle Ursache dazu. Wenn jetzt
nur wenigstens die tüchtigen Kämpen die Interessen der Arbeit-
er im Gemeinderat vertreten würden. Herr Karl Generoth hat
doch gleich einen mannhaften Sekundanten mitbekommen, Herrn
Generalsekretär Wilhelm Walbaum. Auch dieser, unter lieber
alter Bekanntschaft, ist gewählt worden und zwar in der ersten Ab-
teilung. Erst war es ein Familienvater, nun wird er ein
Handvater drauß, und jetzt ist er gar ein Gemeindevater. Jetzt hat
auch er über das Wohl und Wehe der Gemeinde mit zu bestim-
men. Auch er hat mit zu bestimmen, daß die Höhe der Ge-
meindesteuer auf 130 Prozent bestehen bleibt. Doch wir wollten
ja noch auseinandersehen, warum nur 130 Prozent Gemeindeste-
uer erhoben werden. Zunächst gibt das Anstaltsjahresblatt
da den schönsten Fingerzeig, nämlich: 86 Prozent der gesamten
Gemeindeeinkünfte werden von der Anstalt und ihren Angestellten
aufgebracht. Also die Geizhagen wollen nicht mehr zahlen.
Einige Prozent mehr kosten der Anstalt schon viel Geld. Und
dann, wenn nur im Bereich der Anstalt alles in schönster Ord-
nung ist, das übrige ist ihnen Gift. Früher hatten die An-
wohner des Gegentes z. B. noch das Vergnügen, daß die Straße
allwöchentlich ein- oder zweimal gereinigt wurde. Heute mag
der Morast auf der Straße liegen bleiben, denn die Reinigung
kostet Geld. Solche Gedanken sollen aber nicht aufkommen, da-
her die Beweisführung, was die Anstalt alles für die Ge-
meinde leistet. Weiter, wie verhält es sich mit den Familien-
häusern im Gegenteil? Warum geben die Besitzer die Häuser so
massenhaft wieder auf? Weil sie eben fürchterlich übersteuert
werden! Wie weit Gemeinde und Anstalt dabei partizipieren,
entscheidet sich unserer Kenntnis, so viel aber ist sicher, beide „Ver-
dienen“ auf dabei, und zwar auf Kosten der „Besitzer“ jener Ge-
familienhäuser. Daher nur 130 Prozent. Doch nur so weiter
gewirtschaftet und ihr ebnet uns den Boden, so daß es uns in
absehbarer Zeit gelingt, auch in diese Festung einzudringen. So
erweist sich auch die Anstalt als ein Teil von jener Kraft, die
stets das Böse will und stets das Gute schafft.

d. Schilbesche, 30. Nov. Die Haushaltspläne sämt-
licher Gemeinden des Amtes Schilbesche liegen vom 1. Dezember
ab 14 Tage lang in den Wohnungen der Herren Gemeindevor-
steher zur Einsicht offen.

* Siefer, 1. Dez. Standesamtsstatistik. Im Mo-
nat November 1909 wurden beim hiesigen Standesamt ange-
meldet: 21 Geburten (7 Knaben und 14 Mädchen) und 9 Sterbe-
fälle; 3 Aufgebotsanzeigen wurden gestellt und 2 Eheschließungen
standen statt.

* Serford, 30. Nov. Wanderkursus. In den nächsten
Tagen werden die Einzeichnungslisten für den Wanderkursus
zirkulieren. Es wird eine recht rege Beteiligung erwartet.
Über das Programm wird den Kursteilnehmern in der
Sitzung am Donnerstag, 2. Dezember, die notwendige Auf-
klärung erteilt werden.

* Salzkufen, 30. Nov. Zimmererstreik. Der Streik
der Zimmerer in Salzkufen ist noch immer im Gange. Wenn
auch einige Unternehmer unsere Forderungen anerkennen haben,
so sind doch andere, wie Schmiedesamp und Günter, noch nicht
für die Bewilligung gewonnen. Es ist also nach wie vor Bezug
von Zimmerern und Tischlern fernzuhalten.

Die Aufklärung der Wiener Giftmordaffäre.

Das militärgerichtliche Verfahren. Die
militärgerichtliche Untersuchung gegen Hofrichter wird wegen
Mordmordes, begangen an Hauptmann Richard Mader, be-
ziehungsweise Verleumdung dieses Verbrechens, verübt an den
übrigen Adressaten der Giftsendungen, geführt. Als Mord-
mord charakterisiert sich die Tat nach dem österreichischen
Militärstrafgesetzbuch ebenso wie nach dem Allgemeinen Straf-
gesetzbuch, wenn der Mord „durch Gift oder sonst in fälsch-
licher Weise geschieht“. Die Strafe, die auf dieses Verbrechen gelegt ist,
lautet auf Tod durch den Strang, und wegen verübten Mord-
mordes auf 10 bis 20 Jahre Zuchthaus. Mit der Verurteilung
zum Tode durch den Strang ist gegen Verbrecher mit Offiziers-
rang zugleich auf die Kassation zu erkennen.

Die Untersuchung wird schriftlich und geheim geführt. Wenn
die Untersuchung alles ins Klare gebracht hat oder erkannt wird,
daß eine weitere Klärung nicht tunlich ist, so ist die Unter-
suchung zu beenden. Der Untersuchungsrichter hat hierzu einen
zusammenhängenden schriftlichen Vortrag zu verfassen und am
Schlusse einen bestimmten Antrag zu formulieren.

Ein Schuldspruch darf nur dann erfolgen, wenn der Schuld-
beweis hergestellt ist. Dieser kann erbracht werden: durch das
Geständnis des Beschuldigten; durch Zeugen; durch Mitteilun-
gen; durch das Zusammenreffen von Verdachtsgründen, wenn die in
der Untersuchung erhobenen Umstände und Verhältnisse den
Beschuldigten in eine so nahe und deutliche Beziehung zur straf-
baren Handlung bringen, daß kein Grund zu Zweifeln übrig
bleibt, er habe die Handlung begangen. Bei dem letzteren Be-
weise durch Verdachtsgründe ist die Verhängung der Todes- oder
der lebenslänglichen Zuchthausstrafe nicht statthaft. Dieser
letztere Umstand ist deshalb besonders hervorzuheben, weil Ober-
leutnant Hofrichter bisher die Tat in Abrede stellt und mög-
licherweise eine andere Beweisart seiner Schuld als durch Zeu-
gen nicht gegeben sein wird. Somit ist es nach dem jetzigen
Stand noch nicht ausgemacht, daß, wie vielfach angenommen
wird, den Täter im Falle eines Prozesses die Todesstrafe
treffen muß.

Die Motive. In der Regel ist in Österreich einem von
der Generalstabsabteilung mit einer gewissen Rangkompen-
sation zur Truppe rückverliehen Oberleutnant unter normalen Um-
ständen der Weg zum Generalstab für immer verschlossen. Mit
den im November ihren Ernennungen und den im Mai zu Er-
nennungen ist der volle Stand erreicht, und im kommenden
November stehen schon wieder die Kriegsschüler des nächsten
Jahrganges als Aspiranten da.

Über Hofrichter war so hoch in der Logierung — man sagt,
daß er bis zu den „Begünstigten“ nur drei oder vier Vorder-
männer hatte —, daß er, falls drei oder vier Offiziere dem An-
schlag zum Opfer gefallen wären, aller Wahrscheinlichkeit nach
im Mai hätte avancieren müssen.

Wien, 30. Nov. Oberleutnant Hofrichter wurde heute im
Garnisonsgericht wieder einem Verhör unterzogen. Wie ver-
lautet, beteuert er immer seine Unschuld. Der auf ihm ruhende
Verdacht sei lediglich einer unglücklichen Verkettung von Um-
ständen zuzuschreiben. Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht eine
Unterredung mit der Frau Hofrichters. Nach der Darstellung
der Frau würde sich manches Verdachtsmoment in harmloser
Weise aufklären. Ihr Mann habe gesagt, daß er keine Lust
mehr hatte, in den Generalstab einberufen zu werden, und damit
sehe auch jeder Beweggrund zur Sendung der Giftbriefe. Frau
Hofrichter ist durchaus nicht gebrochen, sondern im Gegenteil
gefaßt und sieht mit Zuversicht den weiteren Ereignissen ent-
gegen.

Letzte Nachrichten.

Leipzig, 1. Dez. Die Geschworenen bejahen die auf Doppel-
mord lautenden Schuldbelagen gegen den Stellmacher Otto
Möhrer aus Berlin. Das Gericht verurteilte den Angeklagten
darauf zweimal zum Tode. Möhrer hatte bekanntlich seinerzeit
eine Frau und sein Kind vergiftet.

Trubenhausen (Hessen-Rhaffau), 1. Dez. Hier stürzte ein Holz-
schuppen ein, während sich der Bürgermeister Hellwig, sein Sohn
und eine seiner Töchter darin befanden. Alle drei Personen er-
litten lebensgefährliche Verletzungen.

Brag, 1. Dez. In der Nähe von Wieja erschoss der 21jährige
Bergarbeiter Friedl seine 16jährige Geliebte und jagte sich dann
selbst eine Kugel in die Schläfe.

Paris, 1. Dez. Die Mannschaft einer Schwadron des in
Verbundstationierten 8. Husarenregiments war gestern zum
Frühstück verammelt und schickte sich an, die Suppe einzunehmen,
als sich ein penetranter Blausäuregeruch bemerkbar machte.
Die Suppe blieb unberührt. Die sofort eingeleitete Unter-
suchung ergab, daß ein Korporal sich morgens in der Küche auf-
gehalten hatte, angeblich um nachzusehen, ob den Leuten recht-
zeitig die vorgeschriebene Mutton Suppe gegeben werde. Der
Verdacht gegen ihn wurde noch verstärkt, als man in der Küche
seines Weinleides Chantallipuren vorfand. Der Verhaftete
leugnet, doch scheint ein Geständnis unmittelbar bevorzustehen.
Bei der Untersuchung seiner Effeiten fand man eine kostbare
Hagartenkarte, die vor kurzem einem Offizier abhanden ge-
kommen war. — Der Ruf des Verdächtigen ist sehr schlecht: er
hat bei seinen Kameraden und Untergebenen viele Schulden.
Einem Husaren schuldete er allein 150 Franc. Das Chantall hat
er wahrscheinlich seinem Vater entwendet, der geschäftlich mit
Gift umgeht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Unteroffizier
durch die Letztüre des Falles Hofrichter zu dem Anschlage ange-
regt worden ist, um sich seiner Gläubiger zu erledigen. Die
Ärzte erklären, daß sämtliche 80 Soldaten der Schwadron
binnen wenigen Minuten gestorben wären, wenn sie die Suppe
genossen hätten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Interatenteil: Wilhelm Wälder, beide in Bielefeld.

Hüten Sie sich, verehrte Hausfrau, weichen Sie alles zurück

bei Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

was nicht diese Schutzmarke trägt!
Seit 30 Jahren überall erhältlich!
1/2 Pfd.-Paket 15 Pfg.



Wohnung
Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

Wohnung
Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

Wohnung
Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

Wohnung
Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

Wohnung
Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

Wohnung
Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

Wohnung
Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

Wohnung
Einkauf von Dr. Thompson's Seifen-
pulver vor den vielen und wertlosen Nach-
ahmungen und

Zum Weihnachts-Feste

finden Sie im **Total-Ausverkauf** (wegen Aufgabe des Detail-Geschäftes) von Ferdinand David, Obernstr. 16 sehr günstige Einkaufsgelegenheit zu **staunend billigen Preisen mit 20—50% Rabatt und höher** in

Kaffeeservicen Tafelservicen und Gebrauchsgeschirren. Niemand versäume diese besonders günstige Einkaufs-gelegenheit. Kristalle, Vasen Bier- u. Likörservice Tafelaufsätze in grosser Auswahl.	Zurückgesetzte Spielwaren bis zu 75% Rabatt. Nickel-Kaffeeservice, Sahne-Service und andere hübsche Silber- u. Waren.	Hängelampen Tischlampen Ampeln etc. mit hohem Rabatt. Gleichzeitig empfehle meine mit goldenen Medaillen ausgezeichneten Gesundheits-Kochgeschirre. Der Verkauf ist jedoch vom Ausverkauf ausgeschlossen.	Niemand versäume diese besonders günstige Einkaufs-gelegenheit.
--	--	--	--

Ferdinand David, Inh. Julius Brinkmann
Bielefeld, Obernstrasse 16.

Für Weihnachts-Geschenke unübertroffen!

Große Teppiche
mit kleinen, kaum sichtbaren Webefehlern, für feinste Salons und Zimmer passend.

Portieren, Gardinen
Reißbände 1—4 Fenster, schöne Muster für 50 Pfg.

Stores, 6628

Vorhänge, Linoleum-Reste, Tisch-, Chaiselonguedecken, Plüschreste, Steppdecken, Bettdecken, Läuferstoffe
und viele spottbillige Gelegenheitskäufe

Nur allein **Lützowstr. 7, 1. Etg.**
Kein Laden.

Stadttheater.
Heute, 7 1/2 bis 10 Uhr:
Die lustige Witwe.
Donnerstag, 7 1/2 bis 10 1/2 Uhr:
Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akt. v. Gerh. Hauptmann.
Sonntag, 7 bis 10 Uhr:
Kleine Preise!
Wilhelm Tell.
Die nächste (10.) Aufführung der „Förster-Christi“ findet Sonntag, den 5. Dezember, statt. Billett-Vorbestellungen von auswärts nimmt die Theaterdirektion entgegen.

Zusatzklasse d. Unter-Werke General-Versammlung
am 7. Dezember, im Restaurant „Stadt Bielefeld“, Marktstraße 8.
Tages-Ordnung:
1. Beschlussfassung nach § 13 u. 14 des Statuts.
2. Verschiedenes. (6640)

Die Anzeigen
in vor-
liegender Nummer
wollen
die Leserinnen und Leser der „Volkswacht“ beachten! *

Verlobungs-Anzeigen liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Jeden Abend im Jägerhof, Goldstr. 12:
Gr. Konzert
Entree frei.
Bier 10 Pfg. Restaurant Jägerhof.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein.
1. A.: Herm. Borgetädt.

Total-Ausverkauf

unseres Emaillewaren-Geschäftes
Bahnhofstrasse 6.

Der gesamte Warenvorrat in
Emaille-, Eisen- und Bürstenwaren etc.

soll wegen Vermietung des Ladens schleunigst geräumt werden. Die Preise sind ganz bedeutend herabgesetzt und bitten wir unsere Kundschaft von dieser Gelegenheit ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Harms & Co.

Avis! Wir teilen mit, dass wir aus Bünde ein schönes Manufakturwaren-Lager erhalten. Der Inhaber war gezwungen, das Geschäft aufzugeben. Dieses Lager kommt von Freitag ab zum Verkauf.

Näheres morgen!
Harms & Co., Jahnplatz.



Seefische
Heute u. morgen
Schellfisch, Schollen,
Rotzungen, Kablian,
Seehecht, Bratfisch, Scholle,
Bratfisch, Knurrhahn
sowie frische grüne
Seringe und Stint
empfehlen wir billigt (6657)
E. W. Ostmann,
am Leineweber-Brünnchen.

Das Allerbeste ist
Dalli-
Seifenpulver

Geübte Knopflocharbeiterin
findet lohnende und dauernde Beschäftigung bei
P. & J. Hirschfeld,
6653* Schulstr. 10.

Wir empfehlen bei Bedarf unser großes Lager ausgezeichneter
Jugendchriften Märchenbücher
in solider Ausstattung und zu billigen Preisen.
Buchhandlung * * *
* * * „Volkswacht“
Bielefeld, Schulstraße 20.

Fr. Wepel, Herford
Vorteilh. Bezugsquelle sämtl. Musik-Instrumente
allen für
Vereine, Orchester, Schule u. Haus.
Eigene Reparaturwerkstatt.

Freie Radfahrer-Vereinigung Bielefeld
Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Restaurant „Stadt Bielefeld“. — Niemand darf fehlen.
6625 Per Vorstand.

Zahn-Atelier
von
C. Dietrich, Nachfolger H. Bertelmann, Dentist
befindet sich
Hänelingerstrasse 14a.
Bitte genau auf die Firma zu achten. 6447

Nr. 28

1. Sitzung, Dienstag.
Am Bundes-Präsidenten
am 2. der Reichstags bis
Ich erlaube zu
von Bielefeld
Nimman (natl.).
Das Haus el
forbenen Abg.
lichen Weise.
Die Mittel
(B. Bg.) sein
aufgenommen.
Hierauf folgt
337 Abgeordnete
Eingegangen
über die Zustän
Außer dem
gegangen Gele
eine Beam
zum Gericht
gehört. 1 Uhr
Mittwoch, 1 Uhr
der Abgeordneten
Schluss 3 Uhr

**Die Unt
Reichsw**
(Unber. Nach)

Der Andran
zunächst wurde
um einige nach
Zeugen zu ver
mit dem Angell
diesen als einen
Rat und Tat st
konnte. Mit ein
etwas brachte,
das war beina
bekannte auch,
wusste, dagegen
angeboten, daß
Zeugen bricht
einer so schwer
Lehmann-St
thal als streng
Freunden gegen
förmlich kannte.
der Angestellte
Sie übernahm
Sprechen Sie
gefühlt? — B
— Bei
auf Kaiser
wa n. — Ze
wei a. — Ein
me ie gegen
mi, aber nicht
Un. schrift u
ning: Ich h
ich wußte gar
Chefran des
Mann bei ein
jeht trant und
— Angell. R
davon die Red
nis in Teplitz

Die H
Baterländisch
34
Sie standen
Armen, der G
und maßen sich
rat mit vollst
der seine Auge
unseres Doms
Sabelsen dau
wiewohl ich n
Stiftes ist, zu
jeht im Besitz
„Und Ihr
Karauschen u
Herr Dechant
Kinder.“
„Als gered
verteidigen; J
„Das ist v
„Es steht l
abzuwägen.
zu vorteilhaft
stummem Rich
soll ich Riche
Euer Verstand
eingegeben. Jh
Der Dedan
„Göthe war
Ihr nicht, daß
Zeugen vor
selbst soll es
Mit halb
Wäre das
räume, die ih
hat nicht der
hagen, mühte
mehr, wie ich
Herrn Leibfle
das ruhig bi
sein vor dem
Nur ein Ex
andere Wap
Ritterchaft t
paar Monate
zahlen will, r
„Unabhängig

kommones Bild ergeben. Die riesigen Lantien der Herren Direktoren erscheinen in den öffentlichen Schlussrechnungen überhaupt nicht, sie werden unter „Allgemeinen Handlungsunkosten“ verbucht.

Die Deutsche Bank hat jetzt 26 Aufsichtsräte. Diese sitzen aber außerdem noch in 215 anderen Gesellschaften in solchen Vemtern. Unter den 26 Aufsichtsräten ist auch der freisinnige Reichstagsabgeordnete Schröder, der insgesamt 18 Aufsichtsratsposten inne hat.

In der nachfolgenden Tabelle bringen wir eine Zusammenstellung für die Deutsche Bank und alle die Bankgesellschaften, an denen sie dauernd beteiligt ist. In jedem Falle ist die Zahl der Aufsichtsräte festgesetzt, dazu die sichtbare Summe der im letzten Geschäftsjahre — 1908 — ausgezahlten Lantien.

Aufsichtsratsmitglieder	Lantien in Mark	in Will. Markt kapital umjah
Deutsche Bank	26	908 226 200,— 94 470
Deutsch-Österreichische Bank	16	104 447 30,— 12 699
Deutscher-Märkische Bank	18	1 005 236 75,— 9 724
Schlesischer Bankverein	12	367 288 30,— 3 919
Hannoversche Bank	18	112 323 22,50 4 373
Essener Bankverein	10	137 707 20,— 1 070
Essener Kreditanstalt	24	684 186 61,— 5 393
Rheinische Kreditbank	18	682 351 85,— 15 899
Deutscher-Ostafrikan. Bank	10	— 2,— —
Privatbank zu Gotha	9	47 391 10,— —
Württemberg. Vereinsbank	11	304 537 30,— —
Niederlausitzer Kredit- u. Sparbank	6	12 882 1,50 —
Oldenburg. Spar- u. Leihb.	8	74 695 4,— 948
Deutsche Treuhandgesellschaft	18	18 333 2,— —
Mecklenburg. Hypotheken- und Wechselbank	10	96 484 9,— —
Norddeutsche Bank	7	103 632 10,— —

Die Summe der Vergütungs-Märkischen Bank enthält auch die nicht näher angegebenen Belohnungen. An die vom Schlesischen Bankverein abgetretenen Lantien ist der Geschäftsinhaber mitbeteiligt. Die Essener Kreditanstalt hat die Lantien für Aufsichtsrat und Vorstand zusammen ausgewiesen. Die Württembergische Vereinsbank gibt nur die eine Summe an, die auch die Gratifikationen für den Vorstand und für Beamte enthält.

Also 4,6 Millionen Mark Aufsichtsratslantien in einem Jahre heimlich die 26 Aufsichtsräte der Deutschen Bank und der mit dieser liierten Banken ein!

Und dies sind nur die sichtbaren Summen. Besonders beachtenswert erscheint, daß die genannten Banken, die von der Deutschen Bank beeinflusst werden, und mit ihr zusammen ein Aktienkapital von 592 Millionen besitzen, einen Jahresumsatz von mehr als 148 Milliarden gehabt haben.

Gerichtliches.

Offener Richter gegen die Rehabilitierung der deutschen Justiz! Die Wiederaufnahme des Meineidsprozesses Ludwig Schröder und Genossen, die, wie wir vor einiger Zeit mitteilten, von Genossen Schröder auf Grund der erschütterten Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen W. unter erneut beantragt wurde, ist vom Landgericht Essen abgelehnt worden. Am Freitag ging dem Genossen Schröder der ablehnende Bescheid zu.

Gegen den ehemaligen Gendarmen, jetzigen Bureaubeamten Münster zu Berlin ist bekanntlich ein Disziplinarverfahren eröffnet worden, weil er es unternommen haben soll, Zeugen zu unwahren Aussagen zu verleiten, weil er andere Zeugen veranlaßt haben soll, falsche eidesstattliche Versicherungen abzugeben und weil er den Verdict gemacht, Zeugen zu beeinflussen! Nebenbei liefen noch andere Dinge, die die Glaubwürdigkeit Münsters stark erschütterten.

Das Landgericht Essen hat aber trotzdem den Antrag Schröders abgelehnt, weil die Glaubwürdigkeit des Zeugnisses Münsters im Meineidsprozeß durch die mit den seinen übereinstimmenden Aussagen anderer Zeugen erwiesen sei und weil das Urteil keineswegs allein auf dem angegriffenen Zeugnis beruhe, sondern auch bestehen bleibe, wenn jene Aussage völlig außer Betracht käme.

Gegen die Abweisung hat der Rechtsanwalt Schröders, Dr. Niemeyer, sofort Beschwerde erhoben.

Interess Erachtens hat die deutsche Justiz die Wiederaufnahme des Verfahrens, die Rehabilitierung des offenbar falschen Zeugnisses Schröders und Genossen sehr viel nötiger als der Genosse Schröder. Die Essener Richter hätten die Gelegenheit, den Justizmord wieder gut zu machen, im Interesse des Ansehens der deutschen Rechtsprechung eiligst ergreifen sollen. Das harte Festhalten an dem falschen Urteil macht doch nicht den erwünschten Eindruck auf die Öffentlichkeit.

Militärisches.

Kriegsnot im Heere. Wie man der „Berliner Volks-Ztg.“ von militärischer Seite schreibt, macht der Mangel an Ärzten im Heere sich immer fühlbarer, so daß die Versorgung, die Kriegsbeschäftigten werde durch diese Mangelart ernstlich gefährdet, nicht von der Hand zu weisen sei. Es komme jetzt bei

folgt: Ich habe gegessen, getrunken, geschlafen, ja gelacht und bald gerufen. Er sagte: Dazu brauchst du keinen Kopf! Und schwupp, schwupp, schlug er ihn mit ab. Er wollte unter's Deckbett, daß ich Mitleid hatte, ihn wieder zu greifen. War das etwa der Gottscheismus?

Der Prediger besann sich, aber schüttelte den Kopf: „Nein, lieber Mann, in der Gestalt zeigt ich Satann sich nicht. Ich sage nicht, daß er sich nie so gezeigt hat, noch je so zeigen wird, „kein das ist es nicht.“

„Ich hab' mir sonst so mancherlei Bedenken darüber gemacht.“ Das ist aber Satans Werk, lieber Herr von Bredow, daß er Gedanken des Menschen ablenkt auf andere Dinge, damit sie seinen Spuren nicht folgen sollen, und das ist mein ganzes Studium, daß ich ihm auf der Fährte bleibe. Er ist gar nicht so stark, als die Theologen meinen, daß er überall Gott in seinen Werken die Spitze bieten könnte. Er neigt und hänselt die Erdenkinder nur durch seine Geister, daß sie ihm überall nachjagen sollen, und so ihre Kräfte zersplittern, derweil er auf seiner ganzen Kraft, wie ein schlauer Felsberr sich auf eine Felsung, auf einen Landstrich wirft, um ihn unverwundbar zu überwinden. Das ist die Fährte, die ich suche, wie er auf Erden gegangen. Das sind Sprünge, das sind Winkelsprünge, wie er die Menschen, ganze Geschlechter und Völker, beim Schopfe gefaßt hielt. Er ist der beste Menschenkenner, das muß man ihm lassen. Was ihren Sinnen, ihrem Stolz, ihrer Eitelkeit schmachtet, o da weiß er daren zu fahren, da fendet er seine besten Geister hin, da verleiht er weiß schwarz und schwarz weiß zu machen, daß die Geisteskräften gefangen werden. Was die alten Griechen nannten, das war sein Stedenpferd. Hatte sich ein solches Geistes der Menschheit bemächtigt, da war sein Auer und Flügel, da fäste und eretzte er, und unter seiner Eichel fielen Jünglinge, Alte, Familien, ganze Generationen und Völker.“

Der Herrgott bewahre uns vor den Ideen! rief Herr von Bredow.

(Fortf. folgt.)

manchen Truppenteile vor, daß die Assistenz- und Oberärzte für den täglichen Inspektionsdienst am Morgen in den Kasernen fehlen. Den Anforderungen des Friedensdienstes könne mit dem vorhandenen Personal nicht mehr Genüge geleistet werden, so daß von Jahr zu Jahr die Ferte des Beurlaubtenstandes immer mehr zu Aushebungs-, Musterungs- und Invalidenprüfungsgeheimnissen herangezogen werden müssen. Es werde Klage geführt, daß die Aushebungsgeheimnisse ärztlicherseits aus diesem Grunde nicht mehr in würdiger Weise erledigt werden können und die späteren Entlassungen von Mannschaften seitens der Truppenteile immer mehr zunehmen.

Von einem Andrang zur Sanitätsoffizierskarriere ist seit Jahren keine Rede mehr. Die jungen Mediziner gehen jetzt dieser Karriere gern aus dem Wege.

Nebrigens führt der Gewährungsmann der Berliner Volks-Zeitung, die Ursachen des Ärztemangels in der Armee darauf zurück, daß der „Sanitätsoffizier“ nicht die seiner Bedeutung entsprechende Stellung des Truppenoffiziers habe. Betreffs des Vorgehensverhältnisses, der Ehrenbezeichnungen usw. gelte der Sanitätsoffizier als Offizier zweiter Klasse. Auch über die Pensionsberechtigung würden Klagen erhoben, weil das Studium nicht angerechnet wird und der Dienst in Kasernen als Vorbereitung nicht gilt. Bei den Ärzten des Zivilstandes mache sich diesfalls bereits die Neigung bemerkbar, ihr Freiwilligenjahr nicht als Arzt abzudienen, sondern die Reserveoffizierskarriere dafür einzuschlagen, weil der Zivilarzt das Gefühl habe, daß militärischerseits seine Stellung nicht gebührend anerkannt wird.

Unter solchen Verhältnissen muß das Sanitätswesen in der Armee sehr leiden.

Vermischtes.

Folgen des Sparsystems. Am 9. Juli 1908 stürzte die im Bau befindliche Siedbrücke in Köln a. Rh. ein. Acht Menschenleben wurden dabei vernichtet. Seit dieser Zeit wird eine Untersuchung geführt, aber die Schuldigen können nicht ermittelt werden.

Jetzt werden von fünf Sachverständigen, die sich in hervorragenden Stellen befinden — zum Teil sind es Professoren in technischen Hochschulen — Gutachten veröffentlicht, die zwar auch nicht die Ursache für das Unglück bezeichnen, immerhin aber erkennen lassen, daß die Hauptursache das Sparsystem der ausführenden Firma, die Dortmunder Union, und die Regierung trägt. Alle Gutachter stimmen darin überein, daß die ungewöhnliche Bauart der Siedbrücke bei dem Einsturze wesentlich mitgewirkt hat. Sie bezeichnen nämlich die vom Unternehmer gewählte Zusammenfügung der Trägerglieder aus vielen einzelnen, meist nur mit Schrauben verbundenen Holzstäben im Vergleich zu den sonst gebräuchlichen Anordnungen als weniger handlich, aber mit Rücksicht auf den Zweck der lediglich als Vangerüst, nicht aber dem öffentlichen Verkehr dienenden Brücke als zulässig. Sie sehen in der Anwendung für diesen Zweck kein strafbares Verschulden.

Es wird also festgestellt, daß beim Siedbrückenbau nicht die notwendige Sorgfalt beobachtet worden ist. Die Gutachter wollen allerdings kein strafbares Verschulden darin erblicken. — Man wird also in der Annahme nicht fehlgehen, daß die durch das Kapital verschuldete Vernichtung von acht Menschenleben ungehört bleiben wird.

Es sei daran erinnert, daß am 20. Juli 1908 ein Sachverständiger in der „Kölnischen Zeitung“ die Schuld an dem Unglück in der bei uns herrschenden Spar- und Leberichthauswirtschaft gesucht hat, die es verhinderte, daß eine ausreichende staatliche Aufsicht bei diesem Brückenbau ausgeübt war.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat nunmehr, wie die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, eine Nachprüfung der für den Bau von Gerüsten und Siedbrücken geltenden Aufstellungsbestimmungen angeordnet. Es soll berichtet werden, durch eingehendere und schärfere Vorschriften die Wiederkehr solcher Unglücksfälle nach Möglichkeit zu verhüten.

Unfälle beim Koblen. Stuttgart, 29. Nov. In der Umgebung von Stuttgart ereigneten sich mehrere schwere Unfälle beim Koblen. Gestern fiel der 23jährige Versicherungsbeamte Friedrich, der mit zwei Freunden an der steilen Halenbergssteige bei Stuttgart rodelte, gegen einen Kastanienbaum. Ihm wurde der Schädel zertrümmert und er starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Von den beiden anderen Rodelern ist einer sehr schwer, der andere leicht verletzt. Seit vergangenen Mittwoch ist dies der sechste Unfall, der sich beim Koblen in Stuttgart ereignet hat.

Beim Schlittschuhlaufen eingebrochen. Straßburg, 29. Nov. Auf dem Eise des Riederseebrückens brachen gestern nachmittags zwei Knaben von 13 und 11 Jahren ein. Ein junger Mann näherte sich mittels einer Leiter der Unfallstelle, konnte aber nur noch die Leichen bergen.

Standesamts-Nachrichten.

Sieker. In der Zeit vom 16. bis 30. November 1909 sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Söhne: Fabrikarbeiter Heinrich Bentrup, Sieker 58; Fabrikarbeiter Heinrich Werimann, Sieker 228; Zimmermann Heinrich Timpe, Sieker 55.

Töchter: Schlosser Karl Nagel, Sieker 65; Bahnassistent Johann Wiedemann, Sieker 259; Fabrikarbeiter Adolf Klein, Sieker 299; Fabrikarbeiter Aug. Brokamp, Sieker 158; Fabrikarbeiter Friedrich Kramer, Sieker 187; Fabrikarbeiter Gustav Schelle, Sieker 359; Fabrikarbeiter Wilhelm Wiprod, Sieker 208.

Geschieden. Fabrikarbeiter August Thomas, Sieker 122, und Luise Bollkamp, Siegerhofs 45; Schleifer Friedrich Gies, Sieker 305, und Anna Küster, Viesefeld, Siekerhofs 38a.

Sterbefälle. Marie Nagel, 1 Tag, Sieker 65; Witwe Dianne Wilhelmine Amalie Killes geb. Siegerhofs, 71 Jahre, Sieker 1; als togeboren: Ehefrau des Fabrikarbeiters Friedrich Bahlal, Sieker 312, einen Sohn; Ehefrau des Fabrikarbeiters Heinrich Vott, Sieker 122, einen Sohn.

Stadt Herford. In der Zeit vom 22. bis 27. d. M. sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Söhne: Schlachtermeister Konrad Gued; Schneider Rudolf Stephan; Maurer Heinrich Meier; Dachbeder Otto Joesler; Milchverkäufer Richard Geingelmann; Arbeiter Hermann Meise; Zimmermeister Sebastian Schenk; Gärtner August Redenborn; Dreiführer Paul Thiele; Bautechniker Friedrich Grohbeier.

Töchter: Arbeiter Hermann Kiel; Schneider Hermann Siebrasse (Zwillings); Buchhalter Max Hein; Schlachtermeister Friedrich Gule; Arbeiter Hermann Harland; Arbeiter Carl Döckner; Handarbeiter Heinrich Sörmor.

Aufgebote. Maschinenmeister Friedrich Tiemann und Frida Tiemann; Schlosser Georg Ernst und Luise Tiemann; Landwirt August Rötze und Sophie Reuter; Müller Friedrich Knollmann und Emma Brodmeier; Maschinenmeister Friedrich Böbler und Johanne Krüger; Postkassierer Wilhelm Schilsmann und Wilhelmine Wind; Arbeiter Heinrich Rottmann und Dorothee Berner; Arbeiter Heinrich Körner und Marie Ebbinghaus; Elektrotechniker Friedrich Sassenberg und Johanne Kralemann; Tischler Wilhelm Keller und Emilie Ernst; Tonbildhauer Engelbert Brodmeier und Maria Welter; Schreiner Wilhelm Möller und August Lange; Handlungsgehilfe August Eisenberg und Karoline Stellmann; Flieger Karl Mielchen und Elise Stahl; Arbeiter Karl Wuchhaus und Marie Möder.

Geschieden. Badermeister August Freder und Adele Wilmer; Maschinenbauer Ferdinand Prinz und Josephine Wils; Maler Heinrich Schröder und Luise Bachmeister; Zugschneider Paul Escher und Emma Siedert; Bahnarbeiter Wilhelm Wieselmann und Minna Giese.

Sterbefälle. Karl Kortmann, 4 Mon.; Ehefrau Christine Weimföhr, 64 J.; Kaufmannslehrling Julius Haad, 18 Jahre;

Christian Schröder, 10 Mon.; Arbeiter August Engelking, 15 J.; Herbert Grohbeier, 2 Tage; Dienstherr Heinrich Grohbeier, 68 Jahre.

Ami Herford. In der Zeit vom 15. bis 20. d. M. sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Söhne: Tischlermeister Heinrich Hagmeister, Elberdisen; Arbeiter Wilhelm Brünner, Diebros; Zimmermann Wilhelm Wiemann, Schweicheln; Flieger Karl Kämmer, Kallendief; Teppichweber Peter Fleer, Schweicheln; Bahnarbeiter Hermann Gidmeier, Schweicheln.

Töchter: Maurer Heinrich Hilbebrand, Sundern; Fuhrparkarbeiter Ernst Niederbröcher, Schweicheln.

Aufgebote. Bahnarbeiter August Stille, Schweicheln 116, und Spulerin Henriette Schermann, Schweicheln 111.

Geschieden. Landwirt Heinrich Hüsemann, Elberdisen 15, und Karoline Babenhauerheide, Brate II 15; Arbeiter Heinrich Bertram, Schwarzenmoor 119, und Näherin Pauline Althoff, Herford.

Sterbefälle. Anne Marie Luise Friederike Wehmeier genannt Weine, Brate II 16 (Gem. Elberdisen), 76 Jahre.

Wunde. In der Zeit vom 20. bis 26. d. M. sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Söhne: Architekt Heinrich Adolf Wegbegärtner, Bahnhofstr. 1; Kistenarbeiter Friedrich Wilhelm Baute, Herfordstr. 48; Fabrikarbeiter Heinrich Wilhelm Dammeyer, Herfordstr. 102; Kistenmacher Friedrich Hermann Gustav Tölle, Kleiner Bruchweg 21.

Aufgebote. Oberkeller Willi Wilhelm Henri Otto Krause, Magdeburg, und Näherin Karoline Luise Johanne Bahl, hier; Oberlehrer Heinrich Karl Otto Armtruff, Gartenstr. 48, und Anna Ernestine Ottilie Nagha Reinholdt, Sedanstr. 25; Müller Bernhard Friedrich Karl Knollmann, Herford, Wünder Fußweg 100, und Näherin Karoline Charlotte Emma Brodmeier, Herford, Wünder Fußweg 100; Klempner Franz Johann Brodmeier, Vollmann 3a, und Zigarrenarbeiterin Anna Marie Karoline Große-Wortmann, Ennigloh, Dolzhauserstr. 139; Kistenbelleber Hermann Heinrich Krüger, Ennigloh, Wilhelmstr. 180, und Zigarrenarbeiterin Emma Alwine Bortriede, Develgönnersstraße 8.

Geschieden. Malermeister Rudolf Friedrich Wilhelm Kaufing, Friedr. Str. 8, und Luise Karoline Adelheid Heilmann, Am Brunnen 16; Gerichtsschreiber Anton Brodmeier, Redlinghausen, Reichensteinstraße 39, und Elisabeth Josephine Merlen, Vollmann 3.

Sterbefälle. Zigarrenfabrikant Gerstner Gustav Blumenau, 50 J.; Anna Marie Luise Charlotte Meyer, 60 Jahre; Werner Karl Heinrich Römer, 14 Jahre.

Vereins-Kalender.

Die nachstehenden durch Zeitdruck hervorgehobenen Vereine gehören den in Betracht kommenden Zentralorganisationen an: Arbeiter-Nachfahrerverbund „Solidarität“, Arbeiter-Sängerbund, Arbeiter-Turnerbund.

Mittwoch.

Arbeiter-Sängerverein „Frisch Auf“ 9 Uhr im Restaurant „Stadt Viesefeld“.

Arbeiter-Gesangverein „Liederblüte“ 9 Uhr bei Sagemann, Deeperstraße.

Sängerchor 9 Uhr bei Kider, Chlentrudderweg.

Freie Turnerfahrgesellschaft Viesefeld, Abt. „Vorwärts“ 8½ Uhr bei Freudenau, Deeperstraße. (Damen-Abteilung.)

Arbeiter-Turnverein „Viesefeld“ 8½ Uhr bei Holz, Restaurant zum Siegfried, Männer-Kasse.

Nachfahrerverbund „Vorwärts“ 9 Uhr bei Junkamp, Engersdorfstr. 1.

Nachfahrerverbund „Dornberg“ 8 Uhr bei Indiestel, Bürgerweg.

Nachfahrerverbund „Nacht voran“ bei Abendbrink, Herfordstr. 242.

Freie Nachfahrervereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Abendbrink.

Guttemplerorden. Loge Rabensberg, 8½ Uhr. Gr. Kurfürstenstraße 51.

Guttemplerloge „Frei und beständig“ 8½ Uhr bei Wiertmann, Bürgerweg 16.

Stattklub „Gut Glück“ 9 Uhr bei Schneider, Kampthofstraße.

Sieger. Nachfahrerverbund „Corona“ 9 Uhr bei Böcker.

Sudbrat. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“, Böglingsstraße, 8½ Uhr bei Jochmann.

Schilbesche. Regellub „Gefelligkeit“ 8½ Uhr bei Gustav Tiemann, Herfordstr. 8.

Schilbesche. Regellub „Freie Bahn“ 9 Uhr bei Krämer.

„Eggetaler“, 8½ Uhr bei G. Hartmann, Schillerstr. 75.

Schilbesche. Arbeiter-Turnverein „Deutsche Eiche“ 8 Uhr bei Lechterbeck.

Schilbesche. Männergesangverein „Concordia“ 9 Uhr bei B. Böse, Viesefeldstraße.

Brachwede. Arbeiter-Nachfahrerverbund „Freiheit“ 8½ Uhr bei Karl Schröder.

Berthel. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 9 Uhr.

Derlinghausen. Arbeiter-Turnverein „Einigkeit“ 9 Uhr bei C. Rüdiger.

Herford. Arbeitergesangverein „Eintracht“ 9 Uhr bei Wintelmann.

Dettinghausen. Arbeitergesangverein „Vorwärts“ 8½ Uhr bei Wirt Wiedner.

Bürbe. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“ 9 Uhr bei Nabel.

Bünde. Arbeitergesangverein „Eintracht“ 8½ Uhr bei Wirt Zimmer.

Lage. Nachfahrerverbund „Schwalbe“ 8½ Uhr bei Steinfiel.

Nehme. Arbeiter-Nachfahrerverbund „Bahn frei“ 8½ Uhr bei Nöble.

Minden. Freier Turnerbund abends 8½ Uhr.

Lübbe. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ 9 Uhr bei Baummeister.

Herford.

Tagesordnung

für die

am Freitag, den 3. Dezember 1909, nachmittags 3 Uhr

statfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Mitteilungen.
2. Beantwortung der Erinnerungen zur Rechnung der Einquartierungskasse 1907.
3. Vorlagen des Magistrats betreffend:
 - a) Genehmigung eines neuen Pachtertrages mit dem Pächter des Waldfriedens, Herrn Baumann.
 - b) Genehmigung einer Klage gegen den Kaufmann Drejer wegen Grundentzückung.
 - c) Anderweite Abgrenzung der Schulbezirke Wilhelmshof, Mindenerstraße, Stifberg und Friedenthal.
 - d) Anstellung von drei neuen Lehrkräften an den Bürgerschulen.
 - e) Festsetzung des Preises für neuerschaffene Begräbnisstellen.
 - f) Teilweiser Ausbau der Haller- und Umlandstraße.
 - g) Aufforstung des Stadtholzes vor dem Waldfrieden und Anlage von Promenadenwegen daselbst.
 - h) Genehmigung eines Vertrages zwischen der Stadt und Herrn Sanitätsrat Dr. Lange, Fräulein Schwarz und Frau von Nordheim.
 - i) Gewährung einer Entschädigung von 50 M. für Grundabtretung an Herrn Badermeister Limberg.

Herford, 27. November 1909.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer.

Lüden.

Monatliche für Viesefeld und wie bei sämtlichen ins Haus gebracht wird. Durch die 1. M. vierteljährliche Besuche Einzelnummern

Ercheinung mit Ausnahme der Feiertage täglich

Fernsprech-Anschl.

Mr. 28

Die henti

Die Ko

Wir brachten

Gäste, den die

in dem auf die

in der Schweiz

Ausführungen w

vereinsdienlich

fürer Mughan

Herrn mit einem

dem wir folgende

Der hervor

daß das eidge

stoffe als das

des Herrn Mugh

gemacht worden,

wir also nach,

widerstreben.

Das deutsche

an ordentlich

do. für das R

an Pensionen

an einmaligen

do. für Reichs

an außerordent

Ich bemerke

die Flotte noch

zweiden, noch

griffen sind. M

hätte nicht Vergl

Nach der Vol

Jahrbuch für d

Seelen. Macht

für das Meer 15

Die gesamten

natürlich erheb

Die Ausgaben

Jahr 1907 betru

(Seite 216) insg

Markt. Veltes

(Seite 504) bezi

wir ruhig die h

Die Bevölkerung

vom 1. Dezember

Reich 1908. Anl

jährliche Bevöl

für den 1. Deze

Seelen. Das ma

Ausgaben (nach

153 — 9,0 er

umginsten der m

Der führung über

heer 1 Million

Nun hatte ich

schöne Sache je

fiens 100 Million

Der bewährte

daß die Schweiz

angewiesen sei.

Mughan mit die